Morgenausgabe

Nr. 355 / A 175 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend 30. Juli 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Holt das Treibholz!

Der letzte Tag gehört ganz der Partei!

Heute ist viel zu tun!

Der letzte Tag vor der Wahl ist der wichtigste. Torheit zu glauben, alle müßten schon, wie sie morgen wählen werden! Bei allen Wahlen gibt es Massen, die bis zum letzten Augenblick schwankend sind. Man nennt sie das Treibholz — die stärkere Strömung nimmt sie zuletzt mit.

Noch nie hat es bei einer Wahl soviel Treibholz gegeben wie bei dieser. Von den großen Parteiblocks lösen sich unter dem Druck der politischen Ereignisse Massen ab, sie wissen noch nicht wohin. Von der Stärke der vorhandenen Strömungen hängt es ab, ob sie dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind, oder ob sie anderswo Anschluß finden.

Die Parole des letzten Tages lautet: Holt das Treibholz! Diese Leute kommen nicht in unsere Versammlungen. Unsere Flugblätter lesen sie nicht, oder sie tun es mit Mißtrauen. Nur das überzeugende Gespräch kann sie zu uns bringen.

Das sind keine neuen Erkenntnisse. Gewiß ist in allen Wochen des Wahlkampfes neben der sichtbaren Parteiarbeit auch viel unsichtbare geleistet worden. Aber ebenso gewiß ist auf diesem Gebiet auch vieles versäumt worden, das heute noch nachgeholt werden kann und nachgeholt werden muß.

Nationalsozialistische Wähler sind wankend geworden. Sie sehen als Folge ihrer Stimmabgabe bei vorangegangenen Wahlen die Regierung der Barone, die neuen Notverordnungen mit ihren drückenden Bestimmungen. Aber sie wissen nicht wohin. Zu den Splittern wollen sie nicht. Die deutschnationale Kapitalistenpartei kommt nicht in Frage — aber von der Sozialdemokratie sind sie noch durch zahlreiche Vorurteile getrennt. Mancher und manche werden noch heute diese Vorurteile überwinden, wenn einer zu ihnen spricht, der den richtigen Ton zu finden weiß.

Mit den kommunistischen Wählern liegt es zum Teil ähnlich. Sie beginnen einzusehen, daß der Weg der KPD.-Führung immer tiefer in die Sackgasse führt. Die KPD.-Führung hat es nicht verstanden, den Wind der Wirtschaftskrise in ihre Segel zu fangen. Sie hat selbst in der Zeit, in der die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterklasse genötigt war, sich zu koalieren und zu tolerieren, nicht gewonnen, sondern verloren. Heute steht die Sozialdemokratie als Oppositionspartei in weithin sichtbarer Führerstellung gegen Sozialreaktion und Faschismus. Tausende und aber Tausende bisher kommunistischer Wähler sind schon innerlich bereit, durch ihre Stimmabgabe die proletarische Einheitsfront im Zeichen der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Es bedarf nur noch eines entscheidenden Gesprächs. Wer führt es noch heute mit ihnen?

Zahlreiche Wähler der Staatspartei wissen nicht wohin. Ihre Partei hat törichterweise die Listenverbindung, zu der die Sozialdemokratie bereit war, abgelehnt. Wäre die Listenverbindung zustande gekommen, so hätte jeder bürgerlich-demokratische Wähler Staatspartei wählen können, ohne besorgen zu müssen, daß seine Stimme verlorengeht. Heute besteht die Gefahr, daß die staatsparteilichen Stimmen ins Nichts fallen, die Linke geschwächt, die Rechte gestärkt wird. Eine bürgerlich-demokratische Partei könnte nützlich sein, aber sie ist eben nicht da! Wer demokratisch denkt, muß sozialdemokratisch stimmen. Er wird es auch tun, wenn noch heute einer kommt, der es ihm sagt.

Die sichtbare Arbeit der Partei in diesem Wahlkampf war glänzend. Hoffentlich war die unsichtbare ebenso gut. Aber an ihr kann heute noch vieles besser gemacht werden. Heute noch, morgen früh vielleicht noch — aber morgen abend ist es schon zu spät.

Darum soll sich jeder Leser des „Vorwärts", jeder Parteigenosse heute noch fragen, ob er denn wirklich gegenüber der Partei ein ganz gutes Gewissen hat! Wer eine Gelegenheit versäumt hat, wer nicht immer die Gelegenheit gesucht hat, auf seine Nachbarn, Kameraden, Kollegen, Verwandten und Bekannten politisch einzuwirken, der hat als Parteigenosse noch nicht seine ganze Pflicht getan.

Er tue sie heute noch!

Das Gesagte gilt für Männer und Frauen! Für die Frauen aber ganz besonders. Leider sind die Frauen bisher immer noch weniger politisch interessiert als die Männer. Darum können auch letzte Eindrücke, letzte Gespräche vor der Wahl sie noch stärker beeinflussen.

Genossinnen, überwindet die törichte Schüchternheit! Sprecht mit euren Kolleginnen, euren Nachbarinnen über die Wahl — tut es noch heute!

Wenn jeder, der diese Zeilen liest, sie beherzigt und nach ihnen handelt, dann kann im Kampfe um die Freiheit, für den Sieg der Sozialdemokratie heute noch Großes geleistet werden!

Die Partei erwartet, daß heute jeder seine Pflicht tut!

Aufmarsch in letzter Stunde.

Massenappell der Eisernen Front.

Die Kundgebung der Eisernen Front im Neuköllner Stadion, die den Abschluß des verheißungsvollen Berliner Wahlkampfes darstellte, hat Neukölln von 17 Uhr ab in Atem gehalten. Wer gegen 18 Uhr die Anmarschstraßen sah, mußte unter dem mächtigen Eindruck dieser Völkerwanderung stehen, die sich zum Stadion hin bewegte. Unendliche Schlangen auf den Bürgersteigen: Arbeiter aus den Betrieben, Angestellte, Beamte, Reichsbannerkameraden, Sportler im Dreß, Frauen, junge Mädels, junge Burschen, und alle geschmückt mit den drei Pfeilen der Freiheit!

Vor den Kassen an der Oderstraße, der Siegfriedstraße und am Grünen Weg ein Drängen und Anstehen, wie man es selten erlebt hat. Viele, allzu viele müssen ihre Stempelkarte zeigen; aber auch sie, die Erwerbslosen, die am meisten von Not und Sorge Geschlagenen, wollen dabei sein, wenn es gilt, für die Freiheit zu zeugen. Das weite Oval füllt sich schnell. Es sind Zehntausende, es demonstriert das schaffende Volk Berlins!

*

Ueber dem Platze kreisen die Flugzeuge des „Sturmvogel" und werfen Flugblätter ab. Die Kapitalsflugzeuge Adolf Hitlers, die sich heranwagen, werden mit Pfiffen empfangen. Das Rednerpult ist geschmückt mit dem Freiheitsbanner, das der Eisernen Front durch die englischen Genossinnen gestiftet wurde. Mit riesigen Buchstaben, die mahnend sagen „Wählt Liste 1", haben sich Jugendliche aufgestellt. Alle Kapellen und Spielmannszüge unseres Berliner Reichsbanners spielen.

Dann der Einmarsch der Schufo und Hammerschaften! Ein unendlicher Zug, der nicht abreißen will! An der Spitze die Schutzformationen des Reichsbanners. Kräftige Arbeitergestalten alle, alte und jüngere in einer Front, im strammen militärischen Einmarsch. Dann die Sportler, dann die Hammerschaften, die Metallarbeiter, die Buchdrucker, der Vorwärts-Betrieb und alle die anderen, die man nicht aufzählen kann. Als der imponierende Zug der Uniformierten von der Berliner Verkehrsgesellschaft einrückt, braust der Beifall besonders stark auf. Es ist ein unaufhörliches Freiheit-Rufen der Massen, ein einziges großes Bekenntnis der Treue zum Sozialismus, zur Freiheit.

Als der Aufmarsch beendet war, eröffnete Genosse Künstler die Kundgebung. Er begrüßte die Anwesenden mit einem begeistert aufgenommenen Freiheit!-Ruf.

Der erste Redner des Abends war

Siegmund Crummenerl

Er führte aus: Die Eiserne Front tritt zum letzten großen Appell vor dem Entscheidungskampf zusammen. Noch nie seit der Reichsgründung hat Deutschland einen Wahlkampf erlebt, der so viel Opfer an Gut und Leben forderte. Es ist eine Schande, daß das Deutschland der großen Philosophen, das Deutschland der so gepriesenen Humanität Exzesse erlebte, wie man sie nicht für möglich gehalten hat. Doch

das Reich der Schande ist nicht unser Reich.

Es war das System Hitlers, das von der „Nacht der langen Messer" sprach. (Stürmischer Beifall.) Die neue Reichsregierung hat der Hitlerschen Privatarmee, den Salzsteuersoldaten, wie sie der Volksmund nennt, das Tragen der Uniformen gestattet, obwohl die Länderregierungen ihre warnende Stimme erhoben. Die Regierung Papen wurde auf die Blutopfer aufmerksam gemacht, die mit der Wiederzulassung der SA.-Banden kommen mußten. Vergeblich! Aber es kommt der Tag, wo wir, die Eiserne Front, Rechenschaft von den Verantwortlichen fordern werden. Die im Freiheitskampfe Gefallenen weilen im Geiste unter uns; wir schwören ihnen: das Freiheitsbanner wird von uns im Kampfe weiter vorangetragen;

eher wird der letzte Mann verderben, als daß die Freiheit stirbt!

(Stürmischer Beifall.) Wir schwören ihnen: Nie und nimmer werden wir dem Geßlerhut der Faschisten unsere Reverenz erweisen! **Bis jetzt sind 25 sozialdemokratische Zeitungen daran gehindert, die Wahrheit sagen zu können.** Doch wenn man glaubte, die Arbeiter in der Eisernen Front zu Unbesonnenheiten verleiten zu können, so täuschte man sich. Nicht umsonst ist die deutsche Arbeiterschaft als die politisch geschulteste der ganzen Welt bekannt. (Stürmische Zustimmung.) Nein, Genossinnen und Genossen, wir wollen die Wahlen und wir wollen durch sie beweisen, daß die sozialistisch gesonnene Wählerschaft am 31. Juli zu siegen versteht!

Die Nationalsozialisten, die die Regierung Papen stützen, dulden die Verschandelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, sie dulden die Rentenabzüge für die Kriegsopfer, sie dulden die Abzüge in der Wohlfahrtspflege! Für die Zusage, ihre braunen Jacken wieder zeigen zu können, haben sie nichts gegen die Salzsteuer gehabt! Sie verkaufen und verraten sich und ihren „Sozialismus" an die Kraut- und Schlotjunker. (Tausendfache Zurufe: Judas Hitler!) Ist es da ein Wunder, daß die

Leibjuristen Hitlers die Verteidiger der größten Wirtschaftsverbrecher,

der Lahusen sind? Doch noch größer als ihr Verrat am deutschen Volk ist ihre Verlogenheit. Wenn deutsch sein heißt, getreu und wahr zu sein, so sind die Nazis die Partei, die keinen Hauch von Deutschtum verspüren läßt. Sie ist die verlogenste aller deutschen Parteien überhaupt,

die Nationalsozialistische Partei ist eine einzige große Lüge!

(Immer wiederholter Beifall.) Ihr schlagt den Kapitalismus, wenn ihr den Faschismus ausrottet! Schafft die Einheitsfront aller Werktätigen im Zeichen der Eisernen Front und ihr seid unüberwindlich. Vorwärts zum Kampf! Es lebe die Freiheit! Es lebe der Sozialismus!

Begeistert stimmte die Versammlung in den dreimaligen Freiheitsruf ein. Dann nahm

Robert Breuer

das Wort: Wenn wir die Geschichte unserer Partei lesen, werden wir oft traurig darüber sein, daß wir die glorreiche Heldenzeit des Sozialistengesetzes nicht miterleben durften. Doch jetzt scheint es so, als wenn unsere Sehnsucht nach dem Kampf erfüllt werden soll.

Heute 19 Uhr: Severing im Rundfunk

All denen, die jetzt den Kampf gegen uns führen wollen, die uns knebeln wollen nach den Methoden des Sozialistengesetzes, denen sagen wir ruhig, stark und besonnen:

Genau so wie das Sozialistengesetz an der Kraft der Arbeiterschaft zerschellte, genau so wird das enden, was man jetzt als neues Sozialistengesetz gegen uns aufrichtet.

Die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen, im Kampf gehämmert und geschult, durchsetzt und geführt von den besten Köpfen des deutschen Volkes, diese deutsche Arbeiterschaft ist sich klar über die eigene Kraft und wird sich niemals das Gesetz des Handelns und der politischen Methoden von anderen aufzwingen lassen. Wer da hofft, die deutsche Arbeiterschaft in illegale Abenteuer und törichte Aktionen hetzen zu können, der lasse sich gesagt sein, daß sie stark genug ist, alle Fallen erkennen zu können. Drei Feinde sehe ich und mit ihnen werden wir fertig werden: mit dem Feudalismus, dem Kapitalismus und dem Feind, den wir von jeher am meisten hassen — mit dem Unverstand der Massen oder was heute dasselbe ist, mit Hitler und seinem Nationalsozialismus! (Stürmische Zustimmung.)

Noch nach Jahrhunderten wird man die Leistung des neuen Preußen, die Leistung Brauns und Severings respektieren

und mit Hochachtung wird man sprechen von dem, was diese Arbeiter, unterstützt von ungezählten Kameraden, gebaut haben für das Proletariat und das ganze Volk, und wir werden das wahren, was wir schufen: den Staat des freien Volkes! Es ist eine merkwürdige Mischung der Kräfte, die ostpreußische Feudale, Großkapitalisten und eine „sozialistische Arbeiterpartei" zusammenbringen will. Doch die deutsche Arbeiterschaft wird mit diesem Gemisch aus Lüge und Terror fertig werden, sie wird siegen über die Kräfte des Kapitalismus und den Wahnsinn einer Hitler-Bewegung.

Ungeheurer Beifall und immer wiederholte Freiheit-Rufe unterstrichen den begeisternden Appell des Redners.

„Burgfrieden" verordnet.

Eine neue Leistung der Reichsregierung von Hitlers Gnaden

Nachdem die nationalsozialistische Regierung der Barone ganz ohne erkennbaren Grund die Auflösung des Reichstages verfügt und zur Legalisierung der von ihr verordneten Wiederzulassung der neuen SA.-Uniformen einen der heftigsten Wahlkämpfe heraufbeschworen hat, verspürt sie plötzlich das Bedürfnis nach — Frieden! Sie hat deshalb überraschend die folgende Verordnung auf Grund des Art. 48 der Verfassung erlassen:

§ 1. Für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden.

§ 2. Die Bestimmungen der zweiten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 355) in der Fassung der dritten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 22. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 385) bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind.

§ 3. Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, leitet, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 31. Juli 1932 in Kraft.

Zur Begründung dieses ganz ungewöhnlichen Schrittes läßt Papen diese „amtliche Mitteilung" verbreiten:

Nach der starken politischen Erregung, welche die Wahlzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchfochtenem Wahlkampf die politischen Leidenschaften wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außerdem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt werden muß.

Die Ausschreitungen dieses Wahlkampfes sind im wesentlichen zurückzuführen auf die Wiederzulassung der SA.-Uniformen, für die Hitler die Tolerierung der Papen-Regierung zugesagt hatte. Eine lange Reihe von ermordeten Republikanern legt Blutzeugnis ab gegen die Tolerierung der neuen Tressen, die gegen die Tolerierung der Barone eingetauscht wurde. Die Leidenschaften sind weiter gesteigert worden durch das verfassungswidrige, gewaltsame Eingreifen des „Reichskommissars" in die Staatshoheit Preußens, durch die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und die dadurch hervorgerufenen unglaublichen Zustände.

Für alle diese Dinge wird am 31. Juli Rechenschaft gefordert. Und der Friede, nach dem die Regierung Papen jetzt plötzlich Sehnsucht hat, kann zwar „verordnet", aber nicht erzielt werden, solange das System der Diktatur weiter besteht.

Der Friede wird am 31. Juli entscheidend vorbereitet durch einen Massensturm der Wähler der Eisernen Front für Liste 1.

Freiheit!

Kindermund tut Wahrheit kund.

Wenn die Braunhemden marschieren ....

Und wird geschrieben:

Kurz vor dem neuen Verbot der Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel auf öffentlichen Straßen und Plätzen marschierten durch ein Dorf in Südhannover etwa 250 Salzsteuersoldaten. Alle waren in ihrer gelben Kluft. An der Straße stehen die Menschen und schauen, wie Hitlers Garde daherläuft. Als die letzten Braunjacken vorbei sind, sagt ein zweijähriger Knabe zu seiner Mutter:

„Mama, jetzt Teddybären alle?"

Die Umstehenden brachen in ein tosendes Gelächter aus. Die treuherzige Bemerkung eines Kindes hat bewirkt, daß in dem Dorf keine Diskussion über Nazis stattfinden kann, ohne daß die „Teddybären" in die Debatte geworfen werden. Da Lächerlichkeit bekanntlich tötet, haben die Nazis in diesem Dorf nichts zu melden.

Röverstaat Oldenburg!

SA. als Polizei. — Die Reichsregierung schweigt dazu.

Der Ministerpräsident von Oldenburg, der Nationalsozialist Röver, hat den 300 oldenburgischen Polizeibeamten etwa 250 SA.-Leute beigesellt. Er hat sie zu Beamten gemacht, hat sie eingekleidet und bewaffnet. 250 Leute, die sich im Bürgerkrieg betätigt und Terror gegen die Bevölkerung geübt haben, heißen jetzt in Oldenburg Polizisten.

Sie sind nicht nach objektiven Gesichtspunkten ausgewählt worden, es sind vielmehr Parteibuchbeamte vom reinsten Wasser. Es bedarf nicht langer Erörterungen darüber, daß damit die Grenzen der Legalität verlassen worden sind, und daß das Reichsinnenministerium die Verpflichtung hat, diese Maßnahme sofort mit allen Mitteln wieder aufzuheben.

Das Verhalten des Reichsinnenministeriums zu diesem Fall wird von großer, richtunggebender Bedeutung sein!

Als zur Zeit des SA.-Verbots der Bürgermeister von Langewiesen in Thüringen auf Grund einer amtlichen Alarmnachricht zwei Reichsbannerleute vorübergehend mit polizeilichen Funktionen beauftragte, erhob sich auf der Rechten ein Entrüstungssturm, eine amtliche Untersuchung wurde eingeleitet, der Bürgermeister wurde seines Amtes enthoben. Was geschieht gegen einen Ministerpräsidenten, der, selbst einer der schlimmsten Bürgerkriegshetzer, eine Bürgerkriegstruppe als Polizei einsetzt? Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorgang eine ungeheure Provokation der gesamten nichtnationalsozialistischen Bevölkerung darstellt!

Die Reichsregierung schweigt seit gestern unentwegt über diesen Fall. Sie wird sich sehr bald eindeutig äußern müssen!

Preußen und Oldenburg.

Die preußische Regierung ist abgesetzt worden, weil sie angeblich nicht die Ruhe und Ordnung in Preußen gewährleiste. Der oldenburgische Ministerpräsident Röver dagegen scheint bei der Reichsregierung als berufener Hüter von Ruhe und Ordnung zu gelten.

Die Beschuldigungen gegen die Preußenregierung sind völlig haltlos. Die Reichsregierung hat der Oeffentlichkeit bisher noch keinerlei Beweismaterial für ihre Behauptungen unterbreiten können. Was in Oldenburg ist, sieht jeder Mensch in Deutschland.

Die Proteste gegen diese Zustände kommen selbst aus dem deutschnationalen Lager. Der Fraktionsführer der deutschnationalen Fraktion im letzten Reichstag, Dr. Oberfohren, hat an den Minister des Innern Freiherrn von Gayl ein Schreiben gerichtet, in dem er nach dem Hinweis auf das Eingreifen der Reichsregierung in Preußen sagt:

„Wir Deutschnationale lehnen nicht etwa einseitig den Begriff eines sozialdemokratisch geleiteten Parteistaates ab, sondern den Begriff des Parteistaates schlechthin. Deshalb halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, auch in solchen Fällen schärfste Verwahrung einzulegen, in denen nicht der SPD. angehörende Inhaber höchster Staatsämter aus hemmungslosem parteipolitischen Agitationsbedürfnis vergessen, was sie dem Staate und ihrem Amte schuldig sind. Infolgedessen muß ich die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf einen Vorgang lenken, in dem der derzeitige oldenburgische Ministerpräsident Röver ohne Rücksicht auf sein hohes Amt als Parteiagitator alle gebotenen Grenzen überschritten hat. Ministerpräsident Röver hat, wie aus einem sehr ausführlichen und offenkundig im Sinne der Veranstalter gehaltenen Bericht der „Auricher Zeitung" über eine nationalsozialistische Wahlversammlung in Aurich hervorgeht, u. a. folgende Ausführungen gemacht.

„Jeder, der die 25 Thesen Hitlers gelesen hat und sie nicht anerkennt, ist ein Lump, ist nicht reif für die große Schicksalsgemeinschaft . . . Die Deutschnationalen sind auch solche Lumpen, die die roten Farben verschandeln wollen. Die Deutschnationalen lösen jetzt ihre Frage. In Harzburg haben sie ein falsches Spiel getrieben und sie sind Verräter am Volke geworden. Niemals wäre ich so hart geworden, wenn das Gesindel nicht so gemein geworden wäre. Gebt am Sonntag den Lumpen die Quittung."

Die Form und die Häufung dieser Beschimpfungen, so fährt Oberfohren fort, ist offenbar für die Persönlichkeit des Herrn Röver so charakteristisch, daß es sich wohl völlig erübrigt, sich dagegen irgendwie sachlich besonders zu verwahren.

Ich halte es für untragbar, daß den Gegnern der Reichsregierung das Argument in die Hand gegeben wird, daß die an der preußischen Regierung mit Recht beanstandeten Mißstände nunmehr von einem von der nationalen Opposition herkommenden Ministerpräsidenten in besonders krassem Maße gezeigt wird.

Ich richte deshalb an Sie die Bitte, auf den derzeitigen Ministerpräsidenten von Oldenburg dahin einzuwirken, daß er in seinem künftigen Auftreten den Umstand beachtet, daß er als Ministerpräsident nicht in den Formen auftreten darf, die ihm als parteipolitischen Organisationsleiter offenbar zulässig erscheinen. Die Würde des Staates und die Würde des Beamtentums machen eine solche Einwirkung von Reichs wegen erforderlich."

Die Unterstellung, daß in Preußen oldenburgische Zustände geherrscht hätten, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Aber der Vergleich zwischen der Haltung der Reichsregierung zu Preußen und ihrer Haltung zu Oldenburg ist berechtigt, und man wird sehen, wie sich die Reichsregierung zu Oldenburg verhält!

Kube im Bunde mit Waffendieben.

Skandalöser Eingriff in das polizeiliche Verfahren.

Unter aufsehenerregenden Umständen wurde am Donnerstag von der Kasseler Polizei ein großer Waffendiebstahl aufgeklärt. Bei dem Waffenraub, der bereits im Dezember 1930 stattgefunden hatte, waren 80 Pistolen und 6000 Schuß Munition gestohlen worden. Die Nationalsozialisten hatten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den Verdacht des Waffenraubes auf das Reichsbanner hinzulenken. Bei der Aufklärung des Waffendiebstahls stellte sich aber heraus, daß die Waffen und Munitionsbestände von einem ehemaligen Polizeiwachtmeister und jetzigem Mitglied der NSDAP. Krick sowie drei SA.-Leuten gestohlen worden sind. Polizeiwachtmeister Krick ist bereits einmal wegen Waffendiebstahls vorbestraft und wurde wegen dieses Vergehens seinerzeit sofort aus dem Dienst entlassen.

Diese schwere Belastung seiner Partei hat der Abgeordnete Kube, Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, zu einem tollen politischen Skandal gesteigert. Die „Vossische Zeitung" bringt zu den Kasseler Vorgängen folgende Meldung ihres Kasseler Korrespondenten:

Der Führer der preußischen Landtagsfraktion Kube, der in Kassel eine Versammlung abgehalten hatte, rief bei dem Stellvertretenden Kasseler Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Mergenthaler, an. Als Mergenthaler sich am Telephon meldete, herrschte ihn Kube im Befehlston an und verlangte, daß er seine polizeilichen Ermittlungen gegen die NSDAP. wegen des Pistolendiebstahls sofort einstelle. Er schloß mit den Worten: „Richten Sie sich danach!"

Der Reichskanzler von Papen hat in Preußen die demokratische Regierung abgesetzt, weil angeblich führende politische Stellen in Preußen aus parteipolitischen Gründen in ihren Entschlüssen gegen kommunistischen Terror nicht frei seien. Herr von Papen ist bisher für diese Behauptung auch den geringsten Beweis schuldig geblieben. Der Fall Kube aber ist ein eklatanter Beweis für gröblichsten Mißbrauch einer parteipolitischen Machtstellung gegenüber den Exekutivorganen des Staates.

Verbieten! Verbieten!

Noch vor dem verordneten „Frieden"!

Karlsruhe, 29. Juli.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Reichsinnenminister hat an den badischen Minister des Innern das Ersuchen gerichtet, den „Donaubote" in Donaueschingen auf Grund der Verordnung des Reichs und des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen auf drei Tage zu verbieten. Anlaß zu dem Ersuchen gab ein Artikel in Nr. 163 dieses Blattes vom 21. Juli mit der Ueberschrift: „Der Staatsstreich gegen Preußen — der Fluch der bösen Tat", in welchem auf den Artikel vom 25. Juni verwiesen worden war, auf Grund dessen der „Donaubote" drei Tage verboten wurde. In dem Artikel wurde eine Beleidigung und böswillige Verächtlichmachung des Reichswehrministers erblickt.

Der badische Minister des Innern hat dem Ersuchen des Reichsinnenministers nicht entsprochen und die Entscheidung des zuständigen Senats des Reichsgerichts angerufen.

Auf einen Tag!

Magdeburg, 29. Juli.

Der von Bracht eingesetzte kommissarische Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das Erscheinen der „Volksstimme" für den Freitag verboten.

Begründet wird das Verbot mit einem Aufsatz in der Nr. 163 der „Volksstimme" „Eine dreiste Lüge entlarvt", in dem der anhaltischen Staatsregierung eine bewußte Entstellung der Wahrheit in einer amtlichen Veröffentlichung vorgeworfen werde und wodurch die anhaltische Staatsregierung böswillig verächtlich gemacht worden sei. Mit Rücksicht darauf, daß die beanstandete Nummer bereits vor mehr als zwei Wochen erschienen sei, und eine Beeinträchtigung der Wahlpropaganda vermieden werden solle, erscheine die ausnahmsweise kurze Verbotsfrist von nur einem Tage (!) als angemessen und ausreichend.

„Kain, wo ist dein Bruder?"

Die Tragödie von Friedrichskoog.

Zur Bluttat von Friedrichskoog, bei der der 17jährige Besucher einer sozialdemokratischen Versammlung, Hermann Jäger, von Nationalsozialisten in bestialischer Weise abgeschlachtet wurde, schreibt die „Schleswiger-Holsteiner Volkszeitung":

Das Schicksal des ermordeten Hermann Jäger ist um so tragischer, als der Junge nicht politisch aktiv tätig gewesen ist und überall wegen seines stillen bescheidenen Wesens beliebt war. Sein „Vergehen" bestand lediglich darin, die Versammlung zu besuchen und mit den sozialen Zielen der Eisernen Front zu sympathisieren.

Der Vater des Ermordeten, der in Neuendeich wohnt, war am Dienstag in Friedrichskoog. Wir kennen nicht seine politische Ueberzeugung, unseres Wissens gehört er unserer Bewegung nicht an. Aber als er an der Leiche seines gemeuchelten Jungen stand, da liefen ihm die heißen Tränen über die wettergefurchten Wangen.

Und der Bruder des Toten trägt um den Arm einen Trauerflor. Dieser Bruder ist SA.-Mann! Er trauert also um einen Toten, der von seinen SA.-Kameraden ermordet wurde! Und mehrere Friedrichskooger Einwohner behaupten bestimmt, daß er selber in SA.-Uniform an den Ueberfällen teilgenommen hat. Gibt es einen blutigeren Hohn — und gibt es eine tiefere Tragik?

ICH.

Größenwahn in Zahlen.

Die Nazis verteilen unter anderem ein Flugblatt mit dem Bilde Hitlers und der Ueberschrift „Adolf Hitlers Programm". Bei einer Durchsicht stellt man fest, daß er die Worte ich, mein, mich usw. nicht weniger als rund hundertmal gebraucht. Darunter „ich" groß geschrieben 37mal, klein geschrieben bloß 24mal. Adolf Hitler hat gut von seinem Vorgänger Wilhelm II. gelernt. Nur muß er sich angewöhnen, alle diese Worte groß zu schreiben, wie es sich für IHN, den selbstbewußten Führer, gehört.

Fürst und Sallai gehenkt!

Zwei Opfer ungarischer Schnelljustiz.

Das Standgericht in Budapest hat die Kommunisten Fürst und Sallai-Holländer zum Tode verurteilt. Zwei Stunden später sind die beiden Verurteilten durch den Strang hingerichtet worden.

Vor kaum zwei Wochen hat die Budapester Polizei 27 Kommunisten verhaftet und in landesüblicher Weise bestialisch mißhandelt. Zuerst wurde diese Razzia geheimgehalten. Das Verschwinden der Verhafteten konnte aber nicht verheimlicht werden, und auf den Proteststurm, der vom Ausland hinüberklang, wurden die Verhaftungen selbst zugegeben. Die beiden jetzt Hingerichteten waren heimlich aus Rußland zurückgekehrt, wohin sie nach der kurzlebigen ungarischen Räterepublik von 1919 gelangt waren. In Ungarn ist die Kommunistische Partei verboten und jede Betätigung für sie ein Verbrechen. Zuwiderhandelnde gehören vor das Strafgericht. In der Verweisung von Fürst und Sallai-Holländer vor das Standgericht liegt eine besondere Tücke. Nach dem Eisenbahnattentat von Bia-Torbagy hat man das Standgericht verhängt. Längst ist erwiesen, daß der Attentäter Matuschka nicht das geringste mit der kommunistischen Bewegung zu tun gehabt hat — aber die Regierung dieses Nicht-Wohlfahrtsstaates, der keine gesetzliche Verpflichtung zur Hilfeleistung für Arbeitslose kennt, läßt das Standrecht weiterbestehen und hat es nun auch gegen politische Verbrecher angewendet. Verbrecher? Die beiden Opfer des Standgerichts haben — selbst nach der Anklageschrift — nichts anderes getan, als den Wiederaufbau einer kommunistischen Partei versucht, Nachrichten aus anderen Ländern empfangen und auch dorthin gegeben! Irgendwelche Gewalttätigkeit, Anstiftung dazu, selbst nur die Herausgabe von Flugblättern usw. ist ihnen nicht einmal zur Last gelegt worden. Trotzdem hat das Standgericht — das ihnen auch die dreizehn Jahre zurückliegende Tätigkeit in der Räterepublik als Schuld angerechnet hat! — sie des Verbrechens schuldig gesprochen, den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Aufrichtung der kommunistischen Herrschaft zum Ziele gehabt zu haben.

Unser Genosse Charles Longuet, der verteidigen wollte, hat nur zuhören dürfen.

Durch die Doppelhinrichtung zeigt die Regierung Karolyi nur, daß sie das Erwachen der geknechteten und ausgehungerten Volksmassen fürchtet. Die zwei Leichen an dem Budapester Galgen sollen abschreckend wirken. Ueberall dort aber, wo man auch radikalen Bewegungen das Recht zugesteht, gewaltlos den Versuch zur Gewinnung der Volksmehrheit für ihre Ueberzeugung zu machen, wird man mit tiefer Empörung den Rückfall der Machthaber Ungarns in die blutriefende Zeit und Gesinnung unmittelbar nach der Räterepublik verdammen.

Standrecht auch in Polen.

Danzig, 29. Juli.

Nach Polen verschleppt wurde jüngst an der Danziger Grenze der Reichsdeutsche Reschotkowsky. Das Ausnahmegericht in Gdingen hat ihn jetzt wegen Spionage zugunsten Deutschlands zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Preußenentscheidungverschleppt

Die Taktik der Papen-Regierung. — Entscheidung erst Ende August — oder gar erst im September!

Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in der Klage Preußens gegen das Reich werden von der Papen-Regierung mit allen formalen Mitteln der Geschäftsordnung hinausgezögert. Die Reichsregierung nutzt zunächst die ihr gegebene 14tägige Frist zur Beantwortung der Klage Preußens voll aus, obwohl es sich hier lediglich um die Niederlegung der Gründe handelt, die für ihr Vorgehen vor Erlaß der Verordnung wohl beweiskräftig vorgelegen haben müssen.

Erst nach Ablauf dieser Frist, also am 5. August, und nach dem Austausch von Schriftsätzen kann der Termin für die mündliche Verhandlung angesetzt werden. Zwischen der Ladung und der Verhandlung müssen, wenn eine der Parteien darauf besteht, ebenfalls 14 Tage liegen, so daß angesichts der Verzögerungstaktik der Baronsregierung für die Verhandlung als frühester Termin der 20. August in Frage kommt. Bei der geringsten Beweiserhebung wird auch dieser Termin hinausgeschoben werden müssen.

Die Verzögerungstaktik der Papen-Regierung ist der beste Beweis dafür, daß sie sich angesichts ihres dürftigen Beweismaterials ihrer Sache selbst nicht sicher ist!

Rückmarsch!

Ein Dutzend Nazi-Niederlagen.

Vor einigen Tagen fanden in Königsberg die Wahlen der reaktionären nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft statt. Die Nazis versprachen sich von diesen Wahlen besonders viel, hatte doch unmittelbar vorher der Studententag in Königsberg getagt. Obwohl die „Deutsche Studentenschaft", die sonst auf Reinrassigkeit so großen Wert legt, allen Königsbergern Studenten das Wahlrecht einräumte, war das Ergebnis ein kläglicher Reinfall. Im vorigen Jahr beteiligten sich noch 64 Proz. aller Studenten an den Privatwahlen, diesmal waren es nur noch 54 Proz.

Die Stimmenzahl der Nazis ging von 1598 im Vorjahr auf 1077 zurück.

Ihre Mandatszahl senkte sich von 32 auf 22.

Der Verlust der Hakenkreuzstudenten läßt sich nicht durch die geringere Wahlbeteiligung erklären. Im Vorjahr erhielten die Nazis noch 52 Proz. der abgegebenen Stimmen, also die absolute Mehrheit, diesmal nur noch 44,5 Proz. Noch kläglicher wird für sie das Ergebnis, wenn man ihre Stimmenzahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden setzt: Im vorigen Jahr bekannte sich ein Drittel aller Königsberger Studenten zum Hakenkreuz, diesmal nur noch ein Viertel!

Das Königsberger Ergebnis bedeutet die zwölfte Niederlage innerhalb eines halben Jahres, die die Nazistudenten an deutschen Hochschulen beziehen. Aus ihrem unaufhaltsamen Vormarsch auf den deutschen Hochschulen ist ein erfreulicher Rückmarsch geworden.

Auf den Hochschulen hat die nationalsozialistische Welle lange vor dem 14. September eingesetzt. Die Hochschulen waren die erste Stelle, an denen sich die Stärke der Nazis zeigte. Die aus dem Bürgertum stammenden Studenten sind der Agitation der Nazis zuerst erlegen. Sie sind aber auch die ersten, die sich wieder vom Hakenkreuz abzuwenden beginnen! An der gleichen Stelle, wo Hitler die erste begeisterte Zustimmung fand, beginnt jetzt die Ernüchterung. Die Wahlsiege der Radaustudenten in den Jahren 1928, 1929 und 1930 kündigten den Aufschwung des Faschismus in Deutschland an. Möge das Dutzend Niederlagen der Hakenkreuzler auf den Hochschulen ein Vorzeichen für die Ernüchterung im Volke sein!

Generalappell rechts

„So eine Elitetruppe wie diesmal haben wir noch nie auf die Beine gebracht."

Nationalkonzentrierter Rundfunk.

Die Richtlinien für die Rundfunkdiktatur des Reichs.

Durch amtliche Bekanntmachung und durch einen Rundfunkvortrag von Ministerialrat Scholz, Nationalsozialist und Sachberater für Rundfunkfragen im Reichsinnenministerium, wurden die Richtlinien zur Neuordnung des Rundfunks bekanntgegeben. Zentralisation des gesamten Programmwesens mit dem Ziel einer Rundfunkdiktatur durch das Reich ist der Grundgedanke.

Die Reichsrundfunkgesellschaft soll als Dachgesellschaft die örtlichen Rundfunkgesellschaften zusammenfassen. Sie übt ihre Tätigkeit als G. m. b. H. aus; 51 Anteile gehören dem Reich, 49 den Ländern. Ein vom Reichsinnenministerium ernannter Kommissar ist für alle Programmfragen der Reichsrundfunkgesellschaft „übergeordnet", das heißt, er hat diktatorische Gewalt; ein zweiter, vom Reichspostministerium ernannter Kommissar steht ihm für alle wirtschaftlichen Fragen zur Seite. Das Reichsinnenministerium hat also die Bestimmung über alle grundsätzlichen Programmfragen, Nachrichtendienst und Programmaustausch. Ein Programmbeirat, bestehend aus 15 Mitgliedern, die der Reichsinnenminister ernennt, und unter Vorsitz des Reichskommissars, kann durch 7 Ländervertreter ergänzt werden. Wie weit seine Befugnisse reichen, geht aus den Leitsätzen nicht klar hervor; es spielt aber auch kaum eine Rolle, da er ja seiner ganzen Zusammensetzung nach nichts anderes sein kann als das Sprachrohr der Reichsregierung.

Auch der Nachrichtendienst wird künftig vom Reich kontrolliert; die Dradag wird aufgelöst, den Nachrichtendienst übernimmt die Reichsrundfunkgesellschaft.

Die einzelnen Rundfunkgesellschaften der Länder werden unter einen Staatskommissar gestellt, der im Einvernehmen mit dem Reichsministerium des Innern ernannt werden muß. Der Programmbeirat der Länder setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die ebenfalls im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium zu berufen sind. Die Ueberwachungsausschüsse fallen fort. An ihre Stelle treten die Staatskommissare.

Der Deutschlandsender wird zum Reichssender, also zum unmittelbaren Regierungssprachrohr. Man sieht, der Rundfunk wird auf der ganzen Linie den Wünschen oder dem Diktat des Reiches untergeordnet. Es dürfte zwar im Reichsrat sich noch einiger Widerstand dagegen bemerkbar machen, aber die Reichsregierung scheint gewillt, diesen Weg auf jeden Fall durchzuhalten.

„Das Interesse der Staatspolitik gibt in allen Fällen den Ausschlag", sagte Herr Scholz in seiner Rundfunkrede.

Die Verteilung der Gesellschaftsanteile sichert in der Verwaltung und Bewirtschaftung der Hörergelder dem Reich ebenfalls die Uebermacht. Der Verwaltungsrat besteht aus den beiden Reichskommissaren, je drei Vertretern des Reichsinnen- und des Reichspostministeriums, also acht Reichsvertretern, denen sieben Vertreter der Länder gegenüberstehen. Der Hörer weiß also, was ihm in Zukunft für seine zwei Mark Gebühr im Monat geboten werden soll: nationalkonzentrierter Rundfunk!

Die nächste Reichsratsitzung.

Harte Auseinandersetzungen zu erwarten.

Nach längeren Verhandlungen, die sich aus den Eingriffen in Preußen ergaben, ist die nächste Vollsitzung des Reichsrats jetzt für Dienstagnachmittag einberufen worden.

Die Tagesordnung ist im wesentlichen die gleiche wie die der seinerzeit abgesagten Sitzung: neben der Verordnung über Getreidehandelsklassen stehen nur kleinere Vorlagen zur Beratung.

Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich politisch wichtige Auseinandersetzungen in dieser Sitzung ergeben werden. Es wird angenommen, daß im Anschluß an die Mitteilung über die Ernennung der neuen preußischen Bevollmächtigten für den Reichsrat die Vertreter der übrigen Länder ihre Protesterklärungen, die sie in der Ausschußsitzung über die Rundfunkvorlage abgegeben hatten, in der ersten öffentlichen Vollsitzung des Reichsrats wiederholen werden. Es ist auch anzunehmen, daß es zu neuen Zwischenfällen mit Vertretern der bisherigen preußischen Regierung kommt. Insbesondere besteht diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der dem Reichskanzler übermittelten Stellungnahme des preußischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Brecht, der nachdrücklich seinen Rechtsstandpunkt vertritt, daß er von diesem Amt durch den Reichskommissar nicht entbunden werden könne.

Ordnung in Preußen?

Schwerer SA.-Terror in Breslau.

Breslau, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Der Parteisekretär des Ortsvereins Groß-Breslau der Sozialdemokratischen Partei, Max Kukielzynski, den die Hakenkreuzler schon seit Wochen mit den gemeinsten Drohungen belästigen, wurde am Freitagnachmittag gegen 17 Uhr vor seiner Wohnung in der Herdainstraße von nationalsozialistischem Gesindel überfallen.

Kukielczynski hatte von seiner Wohnung aus bemerkt, daß auf der Straße mehrere Reichsbannerleute von Hakenkreuzlern bedrängt wurden. Als er den Kameraden zu Hilfe eilen und den Streit schlichten wollte, wurde ihm bereits in der Haustür zugerufen: „Da ist der Mann, der in den nächsten Tagen aufgehängt wird!" Dann fielen die Hakenkreuzbestien in Stärke von 15 bis 20 Mann über Kukielczynski her und schlugen ihn mit bleiernen Gasrohren und ähnlichen Werkzeugen zu Boden. Der Ueberfallene erlitt zwei stark blutende Verletzungen am Hinterkopf **und mußte nach Anlegung eines Notverbandes ins Krankenhaus eingeliefert werden.**

Der Anschlag auf Kukielczynski ist, wie einwandfrei feststeht, von dem SA.-Gesindel planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden. Die Nazis hielten sich seit Stunden in der Nähe der Wohnung des Ueberfallenen auf und stürzten sich sofort auf ihn, als sie ihn erkannten.

Um die gleiche Zeit wurde ebenfalls in der Südvorstadt von Breslau, in der Gallestraße, ein Plakatwagen der Eisernen Front, der von wenigen Jungbannerkameraden begleitet war, von SA.-Leuten angegriffen. Die Nazis bedrängten die Reichsbannerleute und brachten ihnen Verletzungen bei. Die Plakate wurden von dem Gesindel zerrissen. Eine Reichsbannerbereitschaft, die ihren Kameraden beispringen wollte, wurde von der Polizei angehalten.

SS.-Leute als Straßenräuber.

Köln, 29. Juli. (Eigenbericht.)

In Königswinter fehlen vier SS.-Leute aus Köln harmlosen Spaziergängern Pistolen auf die Brust und verlangten nach Straßenräubermanier Geld von ihnen. In einem Falle glückte das Verbrechen. Die Räuber erhielten Geld. Sie sind inzwischen in Mehlem, wo sie einquartiert waren, festgenommen worden.

Der Leiter der SA. in Godesberg, dem die Ortsgruppe der Nazis in Mehlem unterfteht, übermittelte der Presse über die Räuberei eine Erklärung, in der es wörtlich heißt:

„Wie einwandfrei festgestellt wird, handelt es sich bei den angeblichen SS.-Männern aus Köln um Kommunisten, rote Mordbanditen und Straßenräuber, die mit gefälschten Papieren ausgerüstet waren."

Durch diese infame Lüge wird versucht, die Schuld von der SS. auf andere abzuschieben. Dennoch steht fest, daß die vier Räuber der SS. angehörten und ihnen von dem SA.-Leiter in Godesberg ein Ausweis mit Unterschrift ausgehändigt wurde, mit dem sie bei Mehlemer Geschäftsleuten „fechten" gingen.

Geld wie Heu!

Voller Lohn, freie Fahrt und Sonderentschädigung für Hitlertag.

Die Nazipresse überschlägt sich vor Begeisterung über die „Hitler-Tage", die jetzt in den verschiedensten Teilen Deutschlands stattfinden. Sie sollen das Großartigste und Imposanteste sein, das jemals auf dem Gebiete des Versammlungslebens erreicht wurde.

Den Kenner der Dinge überrascht die Zahl der Teilnehmer an den „Hitler-Tagen" nicht. Sie ist nicht zuletzt das Ergebnis des unerhörten Druckes, den die Unternehmer, in erster Linie die auf dem Lande, auf ihre Arbeiter ausüben. Wie es gemacht wird, dafür ein Beispiel. In Tschechendorf, Kreis Goldberg-Haynau in Schlesien, richtete der Besitzer des dortigen Dominiums an „seine" Landarbeiter anläßlich des Hitler-Tages in Liegnitz folgendes Schreiben:

„Landarbeiter, habt Ihr schon gehört, am Freitag, dem 22. Juli, spricht Hitler in Liegnitz, da sind wir bereit, jedem Landarbeiter, welcher hier unterschreibt, den Tag freizugeben. Lohn und Deputat bekommt Ihr ohne weiteres weiter. Die Unkosten für die Fahrt übernehmen wir auch, so daß Euch keinerlei Unkosten entstehen."

Die armen Großgrundbesitzer, denen der Staat durch die Osthilfe mit Hunderten von Millionen unter die Arme greifen muß, um sie vor dem Verhungern zu bewahren, haben Geld wie Heu, wenn es sich darum dreht, die „Arbeiterpartei" Hitlers zu fördern. Tariflöhne können sie nicht zahlen, deutsche Arbeiter sind ihnen zu teuer,

deshalb beschäftigen sie mit Vorliebe hereingeschmuggelte polnische Landarbeiter, wie der Naziabgeordnete und Großgrundbesitzer Freihere von Corswandt.

Es sei denn, Hitler kommt an die Macht, es wird die Zwangsarbeit eingeführt und der Staat liefert gratis und franko Arbeitsdienstpflichtige. Dann natürlich, wird man sich seiner deutschen Brüder im feldbraunen Arbeitskittel gern erinnern. Unsere Scharfmacher im Unternehmerlager haben sich noch nie an Nationalgefühl übertreffen lassen, wenn dabei etwas zu verdienen war. Deshalb ist ihnen auch die sogenannte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei so sympathisch. Das ist doch wenigstens eine „Arbeiterpartei" nach dem Herzen der ostelbischen Großgrundbesitzer, schwerindustriellen Scharfmacher und großkapitalistischen Freibeuter von der Art der Gebrüder Lahusen. Für die haben alle Bankrotteure Geld noch und noch. Tagelohn selbstverständlich garantiert. Deputat, bitte sehr. Fahrtkosten, aber selbstredend! Und eventuell noch Freibier. Sie haben ein Herz für ihre „lieben Mitarbeiter" Warum sollen sie ihnen nicht gestatten, dem großen Arbeiterführer Adolf Hitler zuzujubeln?

So ein Sozialismus ohne Sozialversicherung, so eine Arbeiterpartei mit Zwangsarbeit,

das ist doch endlich eine Massenbewegung, der auch alle abgetakelten Generäle, alle abgewirtschafteten Wirtschaftsführer aus vollem Herzen zustimmen können.

Die Frage ist nur, ob diese gar zu offensichtliche Sympathie aller Arbeiterfeinde für die „Arbeiterpartei" Hitlers schließlich die abkommandierten Landarbeiter nicht stutzig machen muß. Gerade in Schlesien wehren sich die Agrarier mit Händen und Füßen gegen Tariflöhne, so niedrig sie auch sein mögen. In Schlesien und Ostpreußen werden in der Landwirtschaft die niedrigsten Löhne gezahlt. Für einen „Hitler-Tag" aber hat man „ohne weiteres" Zeit und Geld in Hülle und Fülle. Da muß sich auch der einfachste Landarbeiter sagen: „Hier stimmt etwas nicht. Diese Arbeiterpartei stinkt nach sozialer Reaktion."

Drittes Reich an der Ruhr.

Schwerindustrielle rechnen auf Hitlers Sieg.

Dortmund, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Bekanntlich hatten Ende Mai die schwerkapitalistischen Arbeitgeberverbände für den Ruhrbergbau und für die Eisen- und Stahlindustrie der Nordwestgruppe einen wütenden Generalangriff eröffnet, der die Einführung eines gleitenden, labilen Lohnsystems und damit die Niederknüppelung des bisherigen Tarifsystems erzwingen sollte. Dieser Angriff wurde von den Gewerkschaften abgeschlagen. Der Schlichter für Westfalen fällte endlich einen Spruch, dahingehend, daß es für die Monate Juni und Juli bei der bisherigen Regelung verbleiben sollte.

Wütend drohten damals die Arbeitgeberverbände, daß sie selbstverständlich Ende Juli diesen vorläufigen Spruch kündigen würden. Nun haben die Arbeitgeberverbände diese Drohung wider Erwarten nicht ausgeführt. Sie haben nicht gekündigt. Was sie hiermit bezwecken wollen, ist noch nicht klar ersichtlich. Wie man hört, hat der Reichsarbeitsminister kürzlich in vertrautem Kreise erklärt, daß er und die Regierung Papen keinen Schiedsspruch mehr für verbindlich erklären würden. Andererseits hat man den Kündigungstermin augenscheinlich deswegen verstreichen lassen, weil am 31. die Reichstagswahl stattfindet. Würden diese Wahlen den Sieg der Papen-Hitler-Hugenberg bringen, dann hätte man auch eine formale Kündigung der Verträge und Schiedssprüche nicht mehr nötig, denn dann kann die Niederknüppelung auch der letzten Rechte der Arbeiter- und Angestelltenschaft beginnen. Es kann aber freilich auch anders kommen.

Die gute alte Erbsensuppe.

Aus der Nazitüche.

Der „freie Angestellte", Organ des ZdA., bringt verschiedene Ansichten von Naziführern zur Frauenfrage. So Gregor Straßer:

„. . . daß die Frau aus dem Produktionsprozeß verdrängt werden müsse, und daß man ihr im Dritten Reich beibringen werde, mit dem Geld, was der Mann nach Hause bringt, auszukommen. Wurst und Weißbrot werden verschwinden, dafür werden die Nazis die gute alte Erbsensuppe wieder zu Ehren bringen . . ."

Elsbeth Zander aber, die Nazifrau, ist nicht ganz seiner Meinung und sagt dagegen:

„. . . Der Staat braucht die Mutter. Er braucht auch die berufstätige Frau. Das Dritte Reich kann nicht im Handumdrehen die Lücke ausfüllen, die der Weltkrieg gerissen hat und die nun einmal da ist. Das Dritte Reich kann auch nicht für jedes Mädel den Mann finden, der es ernährt. Es fehlen auch vorläufig die Mittel, das Herdfeuer in Brand zu setzen, an dem die Frau stehen kann, um für Mann und Kinder hausfraulich zu sorgen. Der Arbeitslose, der Wohlfahrtsunterstützte kann natürlich nicht heiraten. So töricht sind wir nicht, daß wir die Not der Stunde nicht sehen. Das Dritte Reich wird vielleicht die Frauen noch mehr zur Arbeit heranziehen müssen, als das bisher schon geschah."

Straßer will die Frau aus der Berufsarbeit verdrängen, Elsbeth Zander aber meint, im Dritten Reich würden die Frauen — wie in den herrlichen Zeiten des Weltkrieges — erst recht schuften müssen. Einig sind sie sich jedoch, daß die Zeiten des „Dritten Reiches" triste Zeiten sein werden, Zeiten, wo „die gute alte Erbsensuppe" als Sonntagsbratenersatz wieder zu Ehren kommen wird. Die deutsche Arbeiterschaft verzichtet auf dieser Nazibrühe.

Arbeitsbeschaffung tut not!

Eine Schrift des Deutschen Baugewerksbundes.

Der Deutsche Baugewerksbund hat in diesen Tagen über den freiwilligen Arbeitsdienst eine sehr instruktive Schrift veröffentlicht, die den freiwilligen Arbeitsdienst als einen sehr gefährlichen Notbehelf bezeichnet, der sich fast ganz zu Lasten der Bauarbeiterschaft auswirkt. In dieser Broschüre wird der Beweis erbracht, daß der freiwillige Arbeitsdienst teurer ist als die tariflich bezahlte Arbeit. Uebrigens ist das auch schon vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bau, nachgewiesen worden. In der sehr beachtenswerten Schrift wird insbesondere auch darauf hingewiesen, wie wichtig es psychologisch ist, daß ältere und jüngere Arbeiter gemeinsam schaffen, was im freiwilligen Arbeitsdienst zum allergrößten Teil ausgeschlossen ist. Die Jugendlichen sind sich hier fast selbst überlassen.

Als ein sehr verdienstvoller Abschnitt dieser Veröffentlichung darf dann jener Teil bezeichnet werden, der zeigt, wo und wie heute noch ungeheure Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung vorhanden sind, ohne daß dadurch Facharbeiter, natürlich auch hier wieder in erster Linie die des Baugewerbes, benachteiligt werden. In einer Zeit, in der wertvolle Gebäude verfallen, Straßen und Chausseen sich in gefährliche Schlammrinnen verwandeln, Kanäle versanden und wertvolle Baumaschinen verrosten, werden sechzig und mehr Millionen Mark Steuergelder für Arbeiten ausgegeben, zu deren Ausführung selbst bei bester Konjunktur noch genügend Arbeitslose und Halbinvaliden vorhanden wären. Der freiwillige Arbeitsdienst sei eine Sinnlosigkeit, der erzieherische Wert sehr zweifelhaft. Die Schrift bringt dann einen sehr frisch geschriebenen Abschnitt über den freiwilligen Arbeitsdienst und gewerkschaftliche Erziehung, sie gipfelt in der Forderung, daß nicht Arbeitsdienstpflicht Deutschland retten könne, sondern Arbeitsbeschaffung.

Man kann zu der Frage stehen wie man will, jeder wird das reichhaltige Material, das hier zusammengetragen ist, nicht ohne Bereicherung seiner Kenntnisse über den freiwilligen Arbeitsdienst aus der Hand legen.

Studentische Arbeitslager.

Mit Hierl und Hitler als Vorbild.

Die Pressestelle der der Deutschen Studentenschaft angeschlossenen Großdeutschen Studentenschaft an der Technischen Hochschule Berlin teilt mit:

„Nachdem es nunmehr durch die neuesten Verordnungen über den freiwilligen Arbeitsdienst gelungen ist, Mittel auch für studentische Arbeitslager zu bekommen, wird die Großdeutsche Studentenschaft des Technischen Hochschule in die Lage versetzt, ihre seit langem vorbereiteten Arbeitslager zu verwirklichen. Diese Lager sollen keine Gelegenheit sein, „Geld zu verdienen" und ihr Inhalt soll auch nicht sein, geistreich oder geistlos zu debattieren, wie es von gewissen intellektuellen Kreisen angestrebt wird. Die Lager der Großdeutschen Studentenschaft sollen — im Gegensatz zu ähnlichen Einrichtungen anderer Organisationen — lediglich den Zweck haben, einen allgemeinen Arbeitsdienst vorzubereiten; sie sollen eine harte Schule der Manneszucht sein, mit dem Ziel, die deutsche studentische Jugend zu erziehen und zu echtem Nationalismus, zum Dienst am Volke."

Wie Hierl sich räuspert und wie er spuckt, das haben ihm diese Nazistudenten abgeguckt. Mit welcher Geringschätzung reden diese Akademiker von „gewissen intellektuellen Kreisen". Debatten mit und ohne Geist gibt es nicht. Ueberhaupt Geist! Der Saufkomment genügt vollkommen. Das ist der „echte Nationalismus". Wenigstens so, wie ihn diese „großdeutsche Studentenschaft" sich vorstellt.

Der freiwillige Arbeitsdienst, zu dem man auch die Studenten zugelassen hat, damit, wie der Reichskommissar Dr. Syrup meinte, Hand- und Kopfarbeiter einander näher kennen lernen, ist für diese Nazistudenten nur die Schule zum „echten Nationalismus" und um den „allgemeinen Arbeitsdienst" (man versteht!) vorzubereiten, der wieder nur die „harte Schule der Manneszucht" sein soll, mit langsam Schritt, Griffeklopfen und Parademarsch. Wenn die jungen Herrchen also ein studentisches „Arbeitslager" einrichten wollen, auf Staatskosten selbstverständlich, um unter sich zu sein, so werden sie davor bewahrt bleiben, sich vor Arbeitern zu blamieren.

Gegen Gewerbefreiheit.

Für den Zunftzwang.

Die „Handwerks-Zeitung", das Amtsblatt der Handwerkskammer zu Berlin, brachte am 15. Juli einen Artikel: Zunftzwang oder Gewerbefreiheit? Es wird darin als „Aufgabe des heutigen Handwerks mit seinen wohlüberlegten Forderungen" bezeichnet, „dem Mißbrauch der Gewerbefreiheit endlich gesetzgeberisch ein Ende zu machen".

Diese Folgerung wird aus einer Schrift: „Das Handwerk an Deutschlands Scheidewege" gezogen, aus der geschichtliche Reminiszenzen wiedergegeben werden. Zur Aufhebung der Sonderrechte der Innungen durch das Edikt vom 2. November 1870 und das Gewerbepolizeigesetz vom 7. September 1871 wird Marwitz zitiert:

„Die Meister und die Bauern wurden die Knechte ihrer Gesellen und ihres Gesindes. Das Land wimmelte von Landstreichern und Bettlern, während überall Arbeitshände fehlten. Es herrschte Liederlichkeit und ein Drängen von unten nach oben, nach leichtem Erwerb."

Hierzu wird gesagt: „Der Vergleich mit den Folgen des Umsturzes von 1918, der ähnliche Wirtschaftsänderungen brachte, drängt sich beim Lesen dieser Schilderung Marwitzens unwillkürlich auf."

Uns drängt sich dabei die Meinung auf, daß die verbohrten zünftlerischen Auffassungen ziemlich dauerhaft sind. Die Weimarer Verfassung, die das Vorrecht der Zwangsinnungsbildung unberührt ließ, wird nicht erwähnt, wohl aber an der Reichsverfassung von 1871 „die verderbliche Uebernahme des Freizügigkeitsgesetzes von 1867" beklagt.

Im übrigen wird bei den „wohlüberlegten Forderungen gegen die Gewerbefreiheit" übersehen, daß bei der heutigen Wirtschaftskrise dem Handwerk auch bei voller Zwangsorganisation wenig geholfen wäre. Bei guter Konjunktur aber hat das Handwerk Beschäftigung auch unter der Gewerbefreiheit.

Die Unfälle im preußischen Bergbau.

Weiterer Rückgang.

Die Unfallstatistik des preußischen Bergbaus für das Jahr 1931 ergibt folgendes Bild (die Zahlen des Vorjahres sind in Klammern beigefügt): Insgesamt ereigneten sich auf 1000 Mann der Belegschaft 184,87 (196,88) Unfälle, von denen 1,90 (2,59) tödlich waren, 19,47 (18,16) eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als acht Wochen und 51,58 (47,08) eine solche von mehr als 4 Wochen bis einschließlich 8 Wochen zur Folge hatten. Im Steinkohlenbergbau entfielen auf 1000 Mann der Belegschaft 205,94 (216,41) Unfälle insgesamt, davon 2,05 (2,97) tödliche Unfälle, 21,71 (20,15) Unfälle mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als 8 Wochen und 59,28 (52,75) Unfälle mit einer solchen von mehr als 4 Wochen bis einschließlich 8 Wochen.

Danach hat sich der Rückgang der Unfälle überhaupt und der tödlichen Unfälle fortgesetzt und zwar bei den letzteren auf Ziffern, die weit unter der Vorkriegszeit liegen. Dagegen weisen die Ziffern der Unfälle mit längerer Arbeitszeitunfähigkeit eine geringe Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf.

Lohndruck bei den Adlerwerken.

Unter den Tarifvertrag.

Uns wird geschrieben: Die Adlerwerke A.-G., vorm. Heinrich Kleyer, Filiale Berlin — die Zentrale befindet sich in Frankfurt am Main — teilte am 25. November 1931 ihren Angestellten mit, daß rückwirkend ab 1. November die Gehälter bis 12 Proz. gekürzt werden, obwohl durch diese Maßnahme die für allgemeinverbindlich erklärten Mindestsätze des Angestelltentarifvertrages der Groß-Berliner Metallindustrie, der bekanntlich auf das „Leistungsprinzip" aufgebaut ist, wesentlich unterschritten wurden.

Unbeschadet der in dieser Gruppe gleichfalls ab 1. Januar 1932 eingetretenen erheblichen Gehaltssenkung hat jetzt die Leitung der Berliner Filiale wieder dem Angestelltenrat mitgeteilt, daß sie eine nochmalige Kürzung der Gehälter bis 12 Proz. rückwirkend ab 1. Juli durchführen will. Alle Vorstellungen des Angestelltenrates, daß durch diese Maßnahme die Sätze des Tarifvertrages unterschritten werden, wurden nicht beachtet. Glaubt die Firma etwa, daß das „Dritte Reich" schon angebrochen ist und die Tarifverträge beseitigt sind?

Da uns bekannt ist, daß die Adlerwerke Wert darauf legen, Staatsaufträge und solche der öffentlichen Hand zu erhalten, richten wir hiermit an Herrn von Papen die Frage, ob derartig tariffeindliche Betriebe bei der Vergebung von Staatsaufträgen bevorzugt werden sollen.

Alle Angestellten geben darauf am 31. Juli die richtige Antwort und wählen Liste 1 — SPD.

Kommunistische Streikfinanzen.

Wo bleiben die gesammelten Gelder?

Anläßlich des vor einiger Zeit im Braunkohlengebiet in Nordwestböhmen entstandenen Bergarbeiterstreiks, bei dem die organisierten Arbeiter von ihren freien Gewerkschaften die volle Unterstützung erhielten, haben die Kommunisten Sammlungen veranstaltet, die sie erst jetzt nach langem Drängen verrechnet haben. Bei der Abrechnung wurde ein skandalöser Mißbrauch des gesammelten Geldes offenbar. Das kommunistische Komitee teilt mit, daß insgesamt 301 087,05 Kronen gesammelt wurden, wovon ganze 10 500 Kronen für Unterstützungen zur Auszahlung gelangten, was pro Kopf der streikenden Bergarbeiter 1 Krone ausmacht. An Fahrkosten verrechnen sie 7000 Kronen und an Unterstützungen für Kinder wollen sie 27 000 Kronen ausweisen. Für Flugblätter werden 10 000 Kronen, für Porto und Adressenschreiben 7500 Kronen usw. in Anrechnung gebracht. An Verwaltungskosten verrechnen demnach die Kommunisten täglich 2000 Kronen. Verschiedenen Lieferanten von Lebensmitteln wurden 98 000 Kronen bezahlt, Konsumvereinen 22 000 Kronen. Man hat auch an die Zukunft gedacht und 45000 Kronen zurückgelegt, die später bei Forderungen, die aus diesem Konflikt entstehen könnten, Verwendung finden sollen. Insgesamt werden von den Kommunisten 214 000 Kronen verrechnet.

Nun wird die Frage aufgeworfen, falls man der ganzen Verrechnung Glauben schenken darf, wo die restlichen 86000 Kronen geblieben sind. Und man denkt unwillkürlich an die kommunistischen Kilometerredner, die — in der Tschechoslowakei wie anderwärts — über die „Gewerkschaftsbürokraten" schimpfen und ihnen vorwerfen, sich von Arbeitergroschen zu mästen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spiele im Freien Sonnabend, 30. Juli, ab 18 Uhr, auf dem Sportplatz Humboldthain.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Hirter Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepère; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen.

Wer zuerst kommt, wählt zuerst!

Morgen frühzeitig wählen! – Nicht erst kurz vor Toresschluß!

An den Anschlagsäulen weist das Berliner Wahlamt die Stimmberechtigten darauf hin, rechtzeitig zur Wahl zu gehen. Nun fragen sich oft die Wähler, warum dieser Hinweis? Gilt unsere Stimme am Vormittag mehr als am Nachmittag? Was ist denn schon für ein Unterschied dabei, ob wir um ½9 Uhr vormittags oder um ½5 Uhr nachmittags wählen? Es ist ein großer Unterschied!

Denn stoßweiser als das Abstimmungsgeschäft geht wohl kein Geschäft. Frühmorgens um 8 Uhr, wenn der Wahlvorstand vereidigt und die Wahlhandlung soeben eröffnet ist, stehen schon die ersten Wähler vor der Tür. Fast jeder mit einem Rucksack auf dem Buckel. Meist sind es Laubenkolonisten, die nur auf die Eröffnung der Abstimmung gewartet haben und dann so schnell wie möglich in ihre Laube wollen. Nachdem diese Frühaufsteher abgefertigt sind, ist plötzlich alles aus. Der Abstimmungsvorstand könnte getrost ein Nickerchen machen, bis der nächste Zug ankommt. Es ist das Eigentümliche bei den Abstimmungen, daß die Wähler immer ruckweise kommen. Obwohl gar kein Bahnhof in der Nähe ist, sieht es aus, als wäre tatsächlich eben ein Zug angekommen. Es ist, als hätten sich die Wähler verschworen, kolonnenweise anzurücken. Nachdem wieder völlige Ruhe.

Am ruhigsten ist es in den Mittagsstunden. Alles sitzt zu Hause um den Mittagstisch und die vereinzelten Wähler, die sich um diese Zeit in die Wahllokale verirren, haben den Vorzug, in Sekundenschnelle wieder draußen zu sein, da sie nicht einen Augenblick zu warten brauchen. So geht es den ganzen frühen Nachmittag hindurch und die Mitglieder des Wahlvorstandes sitzen wie die Trauerklöße da. Bis um 4 Uhr, zum Beginn der letzten Stunde, wo sich alle Schleusen öffnen. Für ganz Berlin zusammengerechnet, erinnert sich um diese Zeit wohl schlecht gerechnet noch eine Viertelmillion Wähler daran, daß sie noch nicht ihr Wahlrecht ausgeübt haben. In den letzten Minuten sind die Abstimmungsräume gerammelt voll, die Wähler stehen Schlange, alles ist unruhig, weil die Uhrzeiger plötzlich so schnell laufen, während um 3 Uhr keine Maus im Wahllokal war. Wie leicht können bei solcher Säumnis wertvolle Stimmen verloren gehen!

In dieser Beziehung hatte das sogenannte „Schleppen" in der Vorkriegszeit schon seinen Vorzug. Heute ist es aber sinnlos geworden, da niemand weiß, ob er nicht einen politischen Gegner zur Wahlurne schleppt. Tief bedauerlich ist aber regelmäßig, wenn nach Schluß der Wahlhandlung bei der Kontrolle der Stimmlisten mitunter ganze Seiten unangekreuzt geblieben sind. Ganze Familien haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und somit auf die Gestaltung ihres Schicksals unverständlicherweise verzichtet. Das brauchte nicht vorzukommen, denn die paar Schritte bis zu seinem Wahllokal kann jeder gehen. Besonders bei der jetzigen Reichstagswahl ist mehr denn je Wahlrecht auch Wahlpflicht!

Noch ein Wort an die alten gebrechlichen Männer und Frauen. Viel können schlecht sehen, einigen zittern die Hände, die dritten sind unbeholfen und so bitten sie den Wahlvorstand, ihnen in der Zelle doch behilflich zu sein. Das ist nicht angängig, wie es strengstens verboten ist, daß Mitglieder des Abstimmungsvorstandes zur Entgegennahme der Stimmen von bettlägerig kranken Stimmberechtigten sich in deren Wohnungen begeben. Wohl aber ist es erlaubt und sogar ratsam, wenn sich Gebrechliche eine Vertrauensperson mitbringen, am besten einen Verwandten, um sich von diesem in der Wahlzelle helfen zu lassen. **Und nun auf zur Wahl!**

Dein Kreuz gehört der Liste 1

Eiserne Front - trotz alledem!

Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Sonnabend, den 30. Juli:

61. Abt. Spandau. 19½ Uhr, im Hohenzollernkasino, Spandau, Württembergstr. 7. Kundgebung „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Lorenz Breunig.

111. Abt. Behnsdorf. 20 Uhr, bei Heimann, Waltersdorfer Str. 100, öffentliche Kundgebung. „Die kommenden Wahlen." Referent Jockel Meier.

124. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im großen Saal von Anders, Bahnhofstr. 35/37. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse." Referent Paul Zippel.

132. Abt. Blankenburg. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Klug, Dorfstr. 2. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Dr. Schützinger.

Sorgt für Massenbeteiligung!

Zugunglück im Korridor.

Eine Tote und 29 Verletzte.

Danzig, 29. Juli.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich heute vormittag bei Dirschau zwischen den Stationen Markau und Subkau ereignet. Von einem Zuge, der mit 80 Kilometer Geschwindigkeit fuhr, rissen sich die letzten fünf Wagen los und sprangen aus den Schienen. Die beiden ersten Wagen wurden schwer beschädigt. Von den Passagieren wurden etwa 30 verletzt, darunter 10 schwer; eine Frau starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Zahlreiche Reisende erlitten Hautabschürfungen und Verletzungen durch Glassplitter. Von Dirschau wurde sofort ein Rettungszug an die Unglücksstelle entsandt. Da die Strecke zweigleisig ist, konnte der Verkehr aufrechterhalten werden.

Die Katastrophe soll durch einen Wagen hervorgerufen worden sein, dessen Fahrgestell reparaturbedürftig war. Nach einer anderen Version waren die Eisenbahnschwellen auf der Strecke schadhaft. Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle sind im Gange. Der Materialschaden ist sehr groß. Der verunglückte Zug war ein Sonderzug, der zahlreiche Festgäste für das am Sonntag in Gdingen stattfindende „Fest des Meeres" beförderte.

Wieder Ueberfall auf Taxichauffeur.

Niedergeschlagen und beraubt. – Die Täter verhaftet.

In der Nacht zum Freitag ereignete sich gegen 3.10 Uhr vor dem Hause Lothringer Straße 7 ein neuer Ueberfall auf einen Taxenchauffeur. Der Führer Georg Liersch aus der Ritterstraße 125 hatte an der Ecke der Novalis- und Elsasser Straße eine Fahrt nach der Lothringer Straße 7 angenommen. Fünf Männer, die sämtlich in den Zwanzigern stehen, bestiegen den Wagen. Als der Chauffeur am Ziel hielt und Bezahlung in Höhe von 2,40 M. verlangte, weigerten sie sich zu zahlen. Schließlich kramte doch einer Geld heraus und überreichte es dem Chauffeur. Dieser wollte es gerade einstecken, als die Fünf jetzt plötzlich auf ihn einschlugen und ihn aus dem Wagen herauszerrten. Es kam zu einer wilden Schlägerei. Georg L. setzte sich verzweifelt zur Wehr und rief laut um Hilfe. Auf die Rufe wurde eine Polizeistreife aufmerksam und kam im Sturmschritt herangeeilt. Während vier der Männer festgenommen werden konnten, gelang es dem fünften zu entkommen.

Das Geheimnis der Hakenkreuzfahnen.

Fünf Mark für ein Fenster, ein Brot und Hakenkreuzbonbons

Schon bei der Reichspräsidentenwahl griffen die Berliner Hakenkreuzler zu einem verzweifelten Mittel, um im Flaggenkrieg mit allen erdenklichen Mitteln an führender Stelle zu stehen. Leerstehende Wohnungen wurden für Wochen gemietet, Arbeitslosen wurden pro Tag so und soviel gezahlt, wenn sie die Hakenkreuzfahne hißten. Diesmal gehen die Nazis sogar noch weiter: sie suchen Rentenempfänger auf und versuchen durch Geldversprechungen die alten Leute dazu zu bewegen, aus den Fenstern ihrer Wohnungen die Hakenkreuzfahne herauszuhängen. Aus der Umgebung des Bülowbogens wird uns ein besonders bemerkenswerter Fall berichtet. Bei der Witwe X. erschienen mehrere SA.-Leute. **Sie versprachen ihr 5 Mark, im voraus zahlbar, wenn sie eins ihrer Fenster zum Anbringen einer großen Hakenkreuzfahne zur Verfügung stellen würde.** Als das noch nicht zog, holte einer der Burschen ein Brot mit einem eingebackenen Hakenkreuz und eine große Tüte Hakenkreuzbonbons hervor. Die Rentnerin ließ sich durch diese seltsamen Liebesgaben keineswegs von ihrer Meinung abbringen und wies den Burschen, als sie zu aufdringlich wurden, kurzerhand die Tür.

*

An der Hausfront, in dem die Büros des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden in der Kaiser-Friedrich-Straße 9 in Schöneberg sind, befindet sich ein etwa 30 Meter langes, weithin leuchtendes Transparent, das den Aufruf enthält: „Wir alle wählen Sozialdemokraten — Liste 1." Dieses Transparent und mehrere Freiheitsfahnen sowie Flaggen mit den Farben der Republik hatte es den Nazis angetan. Nachts schlich sich eine Kolonne von 8 bis 10 Mann heran und mit einer etwa 10 bis 12 Meter langen Bambusstange versuchten die Burschen das Transparent zu vernichten. Ein Mieter des Hauses beobachtete die Täter jedoch und rief die Polizei.

Gronau in Ottawa gelandet.

Der deutsche Ozeanflieger von Gronau und seine Begleiter sind am Freitag um 16.30 Uhr MEZ. in Ottawa (Kanada) glatt gelandet.

Unterschlagungen im Alpenverein.

Kassierer nach 90000 Mk. Veruntreuungen flüchtig.

Dresden, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Langjährige große Unterschlagungen sind in der Sektion Dresden des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins aufgedeckt worden.

Als dieser Tage eine Revisionsgesellschaft bei einer Bank anfragte, ob ein mit 77 177 Mark bescheinigtes Sparkassenguthaben mit den Buchungen übereinstimme, ergab sich, daß auf dem Sparkassenbuch in Wahrheit nicht ein Pfennig ruhte. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der langjährige Kassierer Ansoul seit dem Jahre 1924 über 90 000 Mark veruntreut hat. Die Einlagebuchungen hatte er gefälscht. Bei den Prüfungen in den früheren Jahren ist stets versäumt worden, bei den beteiligten Banken nachzufragen, ob die Einlagenbestände mit den Feststellungen übereinstimmten. So konnte Ansoul seine Betrügereien jahrelang fortsetzen. Der Betrüger ist geflüchtet. Ein Haftbefehl gegen ihn ist erlassen worden.

Jan Hus. Der letzte Tag

69

Der hatte sofort nach seiner Rückkehr vom Brühl von der mißgestalteten „Zwehl" gehört und war natürlich spornstreichs hingelaufen, um das neueste Werk des Brabanters zu sehen und es mit den entsprechend geformten Haken fachmännischen Urteils herunterzureißen.

Nun stellt er unten an den Brotlauben, neben den italienischen Pastetenbäckern, den sowieso aufgeregten Malersmann, indem er ihn am Kittelärmel zupft und mit höhnisch verzogenem Unterlippel fragt:

„Hand aufs Herz, Gevatter, wieviel Schmiergeld haben dir die Böhmen für ihren frischgebackenen Erzengel auf den Tisch des Hauses geschüttet?"

Eine dumme Frage, eine blöde Frage, der sich übrigens keine dieser Art mehr anschließt.

Schweinlinger nämlich unterbindet etwaige dahinzielende Neigungen auf der Stelle durch eine geballte Faust.

Die wird derart rasch und kräftig und nachdrücklich ausgestreckt und landet mit solcher Ueberzeugungsmacht auf einem unverschämten Kinn, daß Zwickel, der plumpe Maltersack, es vorzieht, unter plötzlichem Verstummen und Abtun jeden hämischen Gelachs, sich erst einmal eine Weile im Rinnstein niederzulassen und dort in Demut abzuwarten, bis Gott in seiner unermeßlichen Güte ihm neue Kraft zum Weiterschreiten schenkt.

Schweinlinger indessen ist leichtfüßig und strahlend davon, gerechtfertigt vor sich selbst und angefüllt mit all der Zufriedenheit, die ein getanes gutes Werk dem inwendigen Menschen verleiht.

Um den Zunftmeister, der im Dreckwässerchen liegt, als ob er da die größten Bollen herausschöpfen möchte, sammelt sich allerlei Volk, begierig, das Wiederaufstehen des Klotzes zu genießen und vor allem den Ausbruch der Segenswünsche, die er seinem Bodiger nachsenden wird.

Unter denen, die um den schnaufenden Haufen Unglück herumstehen, ist auch ein kleiner rotgesichtiger Stadtknecht, ohne Koller und ohne Partisaneneisen; denn er hat Urlaub. Der sieht dem Mariele von der Mettnau, das auch im Kreis steht und seine grünen Fischaugen wandern läßt, also steif ins Gesicht, daß die Jungfer aus dem Salmen ihre ganze Kratzbürstigkeit zeigt, indem sie fragt:

„Was glotzest du mich in einem fort an, bin ich dir öppen Geld schuldig?"

„Das grad nicht!" erwidert der Krebs, in seinem lustigen, roten Gesicht noch röter werdend, „aber eine höfliche Antwort bist du mir schuldig noch von gestern abend her!"

Auf diese Antwort hin schaut das Mariele den Rotgesichtigen etwas genauer an und, o Schreck, laß nach, erkennt in ihm den Stadtwappner, dem es beim Einzug der Deutschordensritter vom Malhaus-Fenster aus das Vorhandensein eines ordentlichen Kreuzes bestritten hatte.

Jetzt ist die Reihe, Feuer in die Ohren zu kriegen, an ihr, und sie fragt, aber das bloß, um Zeit zum Ueberlegen zu haben: „Was für eine Antwort?"

„Komm mit!" sagt keck der Kleine, „du wirst sie schon sehen!"

Das Mariele schaut in seine hellen Augen, aber es kann den Blick nicht aushalten. Der brennt ja wie Sonne!

Sie wippt mit dem Knie, fängt ihren Schurzbändel und spielt verlegen damit. Soll sie mitkommen? Soll sie nicht? Sie schwankt. Aber wenn eine Frau schwankt, ist sie schon mit beiden Füßen verloren.

Nun, schließlich geht sie doch mit, trotz ihrem anfänglichen Widerstreben, und nachher, als sie in abgelegene Gassen kommen, wo der Holder über die Mauer hängt und wo es infolgedessen viel dunkler ist als anderswo, da stört es sie nicht einmal, daß der kleine Krebs sich scharf auf die Zehen stellen muß, um sie, selbst wenn sie den Kopf beugt, ordentlich abküssen zu können.

Doch mit diesen Küssen hat es eine eigene Bewandtnis. Sie besaufen ihr Blut ärger als Wein und geben ihr eine solche Fülle von Kraft, daß sie nachher imstand ist, den, der die Küsse austeilt, auf ihren eigenen Armen in die Kammer zu tragen. Denn die verdammte Treppe knarrt, und die Wirtin darf um Gottes willen nicht merken, daß mehr hinauf ist als nur ihr Tritt!

Das Mettnauer Mariele hat seinen raschen Entschluß und seine Waghalsigkeit nie zu bereuen gebraucht; denn was hernach folgt, als die Tür geschlossen und gut abgeriegelt ist, das schließt ihr die sieben höchsten Himmel schon hienieden auf der Erde auf.

Schon eine Viertelstunde später sieht das Mariele ein, daß die Gaben der Welt wirklich ungleich verteilt sind. Der Rüstigkeit nach, die der kleine Krebs zeigt, hätte er weitaus der oberste Mann im Reiche sein müssen; denn der Pfalzgraf und seine pfalzgräfliche Kunst versinkt neben ihm und der seinigen zu weniger als einem armen Schattenschatten.

Und als das Mariele endlich wieder denken in der Nacht und die Sterne zählen, die durch das Fenster scheinen, da nimmt es sich vor, bei Herrn Ludwig den Augenblick abzupassen, wo er wieder einmal daran geht, ihr seine gesamte Erztruchseßschaft hemdlings zu Füßen zu legen. Da will sie mit aller List dreinfahren, um für ihren kleinen Krebs eine Versorgung zu finden. Der gute Junge verdient allermindestens eine Waibel- oder eine Hauptmannsstelle. Was soll er sich ewig als Rottmann abplagen?! Ueberdies, wer weiß, es ist nicht mal lang hin bis zum April. Vielleicht gilt es zu dort, für einen noch kleineren Krebs zu sorgen.

Das Mariele lächelt glücklich und spürt an seinen heißen Backen, daß es erst jetzt rot geworden ist, erst jetzt, beim Gedanken an den künftigen Jungen.

32.

Die Bratwurst, die den Schinken predigt, hat es in sich. So weltlich es in dem Weingewölbe auch zuzugehen pflegt, es entläßt keinen seiner Gäste ohne geistigen Segen. In diesem Punkt hält der Pfaffenkeller auf Tradition.

Der Schaffhauser schwankt, als er die Sandsteinstaffeln hinter sich hat und an die Abendluft kommt. Toll! Der Stephansplatz dreht sich vor ihm im Kreise. Drüben, von der Kirchhofmauer, löst sich ein bärtiger Heiliger und kommt mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu.

„Bleib, wo du bist, maßleidiger Christ!" wehrt der Schaffhauser ab und kehrt der Spukgestalt den Rücken. „Du fehlst mir grad noch in meiner Sammlung! Ein ausgewachsenes Maitschi wär' mir lieber!"

„Ruhig im Geist!" kommandiert der Schneizenhöfer und legt den Finger auf den Mund: „Horch, wer tappt da?"

„Na, wer wird groß antappen um diese Zeit? 'ne Nonne oder 'ne Hur!"

„Aetsch, ausgelacht! Keins von beiden. Ein Drittes: unser frommer Vater Pirmin!"

„Gelobt sei Jesus Christus!" grüßt der Schaffhauser und bückt sich, Frommheit markierend, so weit vornüber, als es sein Zustand erlaubt.

(Fortsetzung folgt.)

Drei Pfeile auf dem E.K.-Band

Ein altes Abzeichen kommt wieder zu neuen Ehren.

Aus Niederschlesien erhalten wir von einem Gesinnungsfreund eine Zuschrift, die nicht nur einen beachtlichen Gedanken zum Ausdruck bringt, sondern von einem so zukunftsstarken frohen Glauben beseelt ist, daß wir sie hiermit ungekürzt zum Abdruck bringen. D. Red.

In einem Industrieort von 7000 Einwohnern — ringsum Bauern und Rittergüter, letztere zum Teil vor dem Bankrott — findet an demselben Sonntag Gewerkschaftsfest und Naziparade statt. 2000 SA.-Männer sind angesagt, gekommen sind aber nur 500 bis 600. Alles hat sich in Ruhe abgewickelt. Bereits am Vormittag wurden viele Hakenkreuze und Stahlhelme zur Schau getragen. Auch bei den Kirchenbesuchern konnte ich diese Friedenszeichen feststellen. Die Sache hatte nun bei mir ein Fünkchen zur Flamme entfacht, und ich tat folgendes: Ich suchte mein E. K. II heraus, nahm davon das Band, zogs durchs Knopfloch und steckte die „drei Pfeile", das Zeichen der Eisernen Front hinein. So spazierte ich durch den Ort. Später marschierte ich im Zuge der Gewerkschaften (1400 Teilnehmer) mit derselben Dekoration. Meinen Gesinnungsgenossen erklärte ich auf Befragen: „Neueste Notverordnung: Alle Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer haben das Abzeichen so zu tragen." Den Herren vom Papenkreuz und Stahlhelm habe ich das Ding immer recht auffällig vor die Nase gehalten und wo immer möglich die Leute begrüßt und angesprochen. Wer sich nach der Bedeutung meiner Zusammenstellung erkundigte, bekam zur Antwort: **„Wir waren 4½ Jahre eiserne Front gegen den äußeren Feind, und wir sollten zu Stahl werden." „Heute sind wir die eiserne Front gegen den inneren Feind und wir werden zu Stahl werden!"**

Was für Gesichter konnte ich da bewundern! Wenn Blicke töten könnten —! Ich werde die drei Pfeile weiter auf dem Bande des E. K. tragen, um den Leuten zu zeigen, in welchen Reihen die Frontkämpfer zu suchen sind und wo die deutschen Männer stehen.

Sprit-Webers Bruder verhaftet.

Betrug durch „Darlehens-Vermittelung".

Durch das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalpolizei wurde ein großangelegtes Betrugsmanöver des Kaufmanns Wilhelm Weber, eines Bruders des berüchtigten Sprit-Webers, vereitelt.

Wilhelm Weber operierte auf der Suche nach gutgläubigen Opfern mit gefälschten Briefen des Oberpräsidiums Brandenburg, des Reichsverbandes Deutscher Schutzpolizeioffiziere und bediente sich auch des Namens eines bekannten Berliner Rechtsanwalts. Gestern fand in seinem Büro eine Haussuchung durch Beamte der Inspektion VI. 7 statt, die vorgefundenes Material beschlagnahmten und Wilhelm Weber verhafteten. In diese Sache verwickelt ist der kürzlich in einer Einbruchsaffäre genannte Werner von Heeringen, der in dem Büro tätig war und von Webers Geschäften gewußt hatte. Heeringen ist nicht zu vernehmen, da er sich zur Zeit in einer psychiatrischen Klinik befindet. Weber ließ bekanntmachen, daß er Gelder für Bauzwecke besorgen könne und lockte damit einen verhältnismäßig großen Interessentenkreis an. Auf die einzelnen Gesuche erhielten die Geldsuchenden Mitteilungen, aus denen hervorging, daß die Gelder zur Zeit nicht flüssig seien. Die Interessenten gedulteten sich und zahlten inzwischen Spesen usw. Einer von ihnen erkundigte sich aber bei der Kriminalpolizei und brachte die Sache ins Rollen.

Mieter in Verzweiflung.

Befreiung hilfsbedürftiger Mieter von Hauszinssteuer.

Die im Landesverband Preußen e. V. im Bunde Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) zusammengeschlossenen preußischen Mieterorganisationen haben beschlossen, bei den zuständigen Regierungspräsidenten und für Berlin beim Oberpräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß auch für den Monat August die Hauszinssteuerstundungen zugunsten hilfsbedürftiger Mieter ohne neuen Antrag stillschweigend weiter gewährt werden. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß über die Anträge fürsorgeberechtigter Mieter durch die Fürsorgebehörden bisher kaum Entscheidungen gefällt seien, zumal ausreichende Mittel für Mietbeihilfen nicht zur Verfügung stehen. Von den Fraktionen des Preußischen Landtags und der preußischen Regierung werden Maßnahmen dahin gefordert, daß die bisherige Befreiung hilfsbedürftiger Mieter von der Hauszinssteuer entsprechend den Beschlüssen des Landtags wieder eingeführt wird, und aus diesem Grunde auch über den Monat August hinaus ohne besondere Anträge in der bisherigen Höhe eine Niederschlagung der Hauszinssteuer erfolgt.

Die kurze Zeit seit Inkrafttreten der neuen Regelung habe bereits gezeigt, daß die Wohlfahrtsämter gar nicht in der Lage seien, den Ansturm der Antragsteller zu bewältigen. In den Kreisen der hilfsbedürftigen Mieter herrsche infolge der unklaren Lage äußerste Verzweiflung, zumal für viele Mieter wegen Mietzinsverzuges die Gefahr der Exmission bestehe.

Fünf Jahre Zuchthaus für Salaban.

Die Frau des Münzfälschers zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Das Gericht verurteilte Cornel Salaban wegen Münzverbrechen, unter Zubilligung mildernder Umstände, zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; Frau Salaban wegen Beihilfe zu einem Jahr Gefängnis. Der Haftbefehl gegen sie wurde aufgehoben. Die Zubilligung einer Bewährungsfrist soll vom Ergebnis der anzustellenden Ermittelungen abhängig gemacht werden.

*

Das Gericht hat somit den „Dr. jur." Cornel Salaban für gesund erklärt. Die Uneinigkeit der psychiatrischen Sachverständigen untereinander macht es unmöglich, gegen dieses Urteil irgend etwas einzuwenden. Während Dr. Panse, der den Angeklagten Salaban in der Heilanstalt Wittenau auf seinen Gesundheitszustand beobachtet hat, und Dr. Störmer ihn als schweren hysterischen Psychopathen bezeichneten, blieben Prof. Straßmann, Dr. Hommerich und Dr. Groß im großen und ganzen bei dem von ihnen vor mehreren Jahren erstatteten Gutachten; sie glaubten an der Geistesgesundheit des Angeklagten auch heute noch zweifeln zu müssen. Wie stellte sich aber Dr. Salaban den Laien dar? Im Privatleben würde man wohl einen solchen Menschen verrückt nennen. Er poltert die Worte nur so hinaus, kommt vom Hundertsten ins Tausendste, verliert immer wieder den Faden. Es kostet große Mühe, ihm zu folgen. Im Jahre 1924 schrieb er ein Buch „Probleme des Doppelsehens", das 3000 Seiten stark war und keinen Verleger fand. Im Jahre 1926 will er von einem Beamten aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes auf den Gedanken gebracht worden sein, ein Nachschlagewerk über ausländisches Recht herauszugeben; so entstand sein Europabuch, durch das er in große Schulden geriet. Der Gerichtsvollzieher wurde sein ständiger Gast, sein Töchterlein mußte ohne Frühstück in die Schule, auf dem Wohlfahrtsamt erhielt er eine Absage, er trug sich mit dem Gedanken eines Doppelselbstmordes, seine Frau war damit einverstanden: im letzten Augenblick glaubte er aber in dem Verkauf seiner Bücher einen Ausweg finden zu können, dabei fiel ihm ein Artikel über Metallpressen in die Hände. So kam ihm die Idee, falsche Zweimarkstücke herzustellen. Da hatte der Teufel seine Hände im Spiel, sagt er.

Keine Spur von Geisteskrankheit merkt man aber seiner Fälschertätigkeit an. Hier war alles bis aufs kleinste durchdacht. Die Falschgeldsachverständigen waren voll Lobes über seine Genialität. Er hatte bei der Herstellung der Zweimarkstücke neue Erfindungen gemacht; den Spezialisten, die seine Pressen herstellten, gab er fachmännische Anweisungen. Trotzdem reichte seine Intelligenz nicht aus, um bei der Verbreitung des Falschgeldes die nötige Vorsicht walten zu lassen. Dem Obsthändler, dessen Wachsamkeit zu Salabans Verhaftung geführt hat, mußte es auffallen, als dieser, nachdem er eben erst zwei Zitronen mit einem Zweimarkstück bezahlt hatte, am benachbarten Verkaufsstand die gleiche Prozedur vollzog. Vielleicht war dieses läppische Verhalten mit ein Zeichen für seine Abweichung von der Norm.

Die gestrige Verhandlung war kurz vor Schluß der Beweisaufnahme nahe daran aufzufliegen. Nachdem Dr. Panse sein Gutachten erstattet hatte, äußerte Salaban den Wunsch, an den Sachverständigen eine Frage zu richten. Sein Mund verzog sich dabei zum Weinen, er ging auf seine Frau zu, umarmte und küßte sie, dann fragte er Dr. Panse: „Habe ich nicht gesagt, daß von Ihnen das Leben dreier Menschen abhängt?" und ohne eine Antwort abzuwarten, steckte er sich anscheinend Luminaltabletten in den Mund. Im Lazarett mußte sein Magen ausgespült werden; er hatte eine größere Dosis Luminal geschluckt. Die Verhandlung ging auf Antrag des Staatsanwalts in Salabans Abwesenheit weiter. Auch diese dramatische Szene war für Salaban kein Theater. Sie war eben Salaban, wie er leibt und lebt: ein hysterischer Psychopath oder vielleicht ein Geisteskranker.

Achtung, Abteilungsleiter!

Resultatzettel, Umhängeplakate usw. können sofort vom Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin abgeholt werden. Das Bezirkssekretariat ist jeden Tag bis 8 Uhr abends geöffnet.

„Schwere Urkundenfälschung"

Sagt der Staatsanwalt – das Gericht urteilt anders.

Die letzte Notverordnung der Reichsregierung hat aus „Ersparnisgründen" in der ganzen Gerichtsverfassung grundlegende Aenderungen vorgenommen. In dem nachstehend geschilderten Prozeß bemühte man sich aber um eine künstliche Auslegung von strafrechtlichen Tatbeständen und bringt harmlose Menschen auf die Anklagebank, anstatt, wenn irgend möglich, Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Man höre und staune.

Eine Sechsundsechzigjährige ist wegen schwerer Urkundenfälschung angeklagt. Was hat sie verbrochen? Die Frau wollte einen Mantel kaufen, ging zu einem Damenkonfektionsgeschäft, wo Mäntel ohne Zahl hingen, billigere und teuere. Einer gefiel der alten Frau ganz besonders. Das Preisschild zeigte 16,50 M. Zuviel für sie. 16 M. hat sie zwar bei sich, alles Geld darf aber nicht auf den Mantel draufgehen. Was tut sie? Sie entnimmt ihrer Tasche eine Bleiplombe und versucht nun etwas, was zwar unter allen Umständen verwerflich ist, aber bei der Armut der Frau und bei ihrem hohen Alter doch recht entschuldbar sein dürfte. Sie versucht nämlich mit der Bleiplombe die „1" vor der 16 auszuradieren und wird bei diesem plumpen und naiven Versuch von der Aufsichtsdame überrascht. „Nanu, was machen Sie denn da?" „Ich möchte den Mantel kaufen." „Soso, Sie wollen ihn kaufen?" Name und Adresse der Frau werden festgestellt, es wird Strafanzeige erstattet; das Ganze ist eine schwere Urkundenfälschung.

Die alte Frau sitzt auf der Anklagebank und weint herzzerbrechend. In den Akten steht „vorbestraft". Das stimmt nicht. Sie ist unvorbestraft. Der Vorsitzende regt verständigerweise an, die Sache wegen Geringfügigkeit einzustellen. Der Staatsanwalt schüttelt den Kopf. Geht nicht, schwere Urkundenfälschung ist ein Verbrechen; Einstellung des Verfahrens gibt es nur bei Vergehen. Das Frauchen weint bitterlich: „Ich will heute noch den Mantel kaufen — ich bin unbestraft — bei meinen 66 Jahren." Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Urteil: Wegen versuchten Betruges 10 M., im Nichtbeitreibungsfalle zwei Tage Haft. Der Tatbestand einer schweren Urkundenfälschung war nicht gegeben. Das Preisschild stellt keine Grundlage für einen Vertrag zwischen Kunden und Firma dar; es dient nur für den internen Geschäftsverkehr, um den Verkäuferinnen ihre Arbeit zu erleichtern. Also, Herr Staatsanwalt, man konnte den Tatbestand auch als Vergehen auslegen; dann wäre die Einstellung des Verfahrens wohl möglich gewesen. . . .

Saassen gibt die Arbeit ab.

Schläft die Kleinsiedlung ein? / Arbeitsministerium zuständig

Nach einer amtlichen Mitteilung gehen die Geschäfte der Kleinsiedlung mit dem 1. August auf den Reichsarbeitsminister über und werden dort in der Abteilung IVc bearbeitet werden. Reichskommissar Dr. Saaßen hat dem Reichskanzler über das bisherige Ergebnis der Siedlungsaktion in einem längeren Vortrag Bericht erstattet und kehrt nunmehr in sein Amt als Regierungspräsident von Trier zurück. Man muß befürchten, daß mit der Uebergabe der Arbeit, jene Aktion der Kleinsiedlung zum Einschlafen kommt, die einst mit so starker Reklame begonnen wurde. In dem Bericht an den Reichskanzler sagt Reichskommissar Saaßen:

Ueber den Erfolg läßt sich naturgemäß zur Zeit ein endgültiges Urteil noch nicht abgeben. Ganz abgesehen davon, daß sich die meisten Kleinsiedlungen gegenwärtig noch im Bau und die Mehrzahl der Kleingärten noch in der Anlage befinden, ist der Erfolg einer Siedlungsaktion auch nicht so sehr durch die Errichtung der Siedlungen als vielmehr durch das Ergebnis ihrer Bewirtschaftung bedingt. Soll das Siedlungswerk für das Millionenheer unserer Erwerbslosen Bedeutung haben, so darf die bisherige Arbeit nur der Anfang der Ausführung eines großzügigen Siedlungswerkes sein, das neben der ländlichen Siedlung über Jahre und Jahrzehnte fortgesetzt werden muß, damit es zu einer durchschlagenden Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft führen kann. Das Zukunftsziel muß sein, den Kleinwohnungsbedarf der städtischen Bevölkerung möglichst weitgehend in der Form der vorstädtischen Kleinsiedlung zu decken, die die Menschen hinausführt aus der Enge der Städte in die freie Natur, sie auf eigener Scholle seelisch gesunden läßt und ihnen wenigstens einen gewissen Schutz gibt gegen Wirtschaftskrisen, die auch in Zukunft nicht ausbleiben werden.

Billiger Sonnabend in der Ferienwoche des Zoo. Im Rahmen der billigen Ferienwoche, die der Zoo vom 25. bis zum 31. d. M. bei durchweg halben Eintrittspreisen veranstaltet, gewährt außerdem der billige Sonnabend am 30. d. M. von nachmittags 2 Uhr ab eine weitere Ermäßigung des Eintrittspreises auf 50 Pf. für Erwachsene. Kinder bis zu 10 Jahren zahlen 25 Pf.

Maurerlehrlinge, welche mindestens 2 Jahre gelernt haben, wollen sich zwecks Vorbereitung auf die Gesellenprüfung sofort telephonisch melden beim Arbeitsamt Berlin-Mitte, Strelauer Platz 31, Fernruf: Weidendamm 0017, Apparat 28.

Naziskandal um „Blindenmutter".

Staatliche Beihilfe für Frau Ihne. – Folgen des Luxuslebens.

Die Nazitumulte am 15. Juli in der Viktoriastraße anläßlich der Versteigerung der Kunstschätze der sogenannten Blindenmutter Frau von Ihne, der Gattin des verstorbenen Baurats, die nach dem Tode ihres Mannes durch ihr luxuriöses Leben in Geldverlegenheiten geraten war, finden jetzt vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte ihr erstes gerichtliches Nachspiel.

Wie erinnerlich, drangen am 15. Juli etwa 25 Nationalsozialisten in den Versteigerungsraum ein, verprügelten das kauflustige Publikum, nahmen den Käufern die bereits versteigerten Sachen ab und brachten die Versteigerung zum Auffliegen. Einige von diesen Nazis dürften demnächst vor dem Strafrichter erscheinen. Von der Kunstauktionsfirma Keller u. Reiner, die auf Grund ihres rechtskräftigen Urteils die Versteigerung veranlaßt hatte, ist angesichts dieser Nazitumulte beim Amtsgericht Berlin-Mitte gegen Frau von Ihne ein Arrest beantragt worden. Die Antragstellerin beruft sich u. a. darauf, daß das Verhalten der Frau von Ihne hart die Grenzen der unerlaubten Handlungen streife. Sie hatte sich Vorschüsse in Höhe von 43 000 Mark geben lassen, ohne die Absicht zu haben, ihre Kunstschätze überhaupt versteigern zu lassen; sie habe ungeachtet des bestehenden Vertrages versucht, bei einer anderen Firma eine noch höhere Summe zu erlangen, sie habe schließlich als Sicherung der Forderungen der Antragstellerin einen Kunstgegenstand zur Verfügung gestellt, der bereits anderweitig verpfändet war. Die Nazitumulte hätten unter Billigung der Frau Ihne stattgefunden, sie habe dem Gerichtsvollzieher des öfteren gedroht, auf Grund ihrer gesellschaftlichen Beziehungen ihn um Amt und Brot zu bringen.

Gegenüber diesen Behauptungen der Antragstellerin erklärt Frau Ihne, daß sie nichts dafür könne, wenn ihr Sohn einige junge Leute herbeigeholt habe, um die Versteigerung zu vereiteln und daß durch Intervention des Reichskunstwarts Redslob Verhandlungen schwebten, die keinen Zweifel darüber ließen, daß bereits in den nächsten Tagen ihr eine Beihilfe gewährt werden würde, die es ihr ermöglichen würde, ihre sämtlichen Gläubiger zu befriedigen.

Was hätte das für eine Beihilfe sein können? Natürlich nur eine staatliche. Interessant ist es, daß wenige Tage vor der Versteigerung Reichskunstwart Redslob und ein Mitarbeiter des Reichsinnenministers von Gayl dringende Vorstellungen gegen die Abhaltung der Versteigerung gemacht haben. Die Höhe der Schulden der Frau von Ihne beträgt mehrere hunderttausend Mark. Soll auch ihr der Segen des neuen Wohlfahrtsstaates zugute kommen?

Das Amtsgericht Berlin-Mitte verkündete folgenden Beschluß: Dem Antrage der Firma Keller u. Reiner wird entsprochen und gegen Sicherheit Zahlung von 2000 M. gegen Frau Ihne der Arrest angeordnet; er kann jedoch abgewendet werden durch eine Sicherheitsleistung in Höhe von 20 000 M.

Allgemeine Flugblattverbreitung

Heute, Sonnabend, ab 18 Uhr von den bekannten Stellen aus.

Alle Genossinnen und Genossen, alle Jugendgenossen, Arbeitersportler und Reichsbannerkameraden beteiligen sich daran.

Eiserne Front — Einheitsfront!

Ein im Berliner Reichsbanner an verantwortlicher Stelle arbeitender Parteigenosse schreibt uns:

Die Kommunisten sind von jeher die stärksten Schrittmacher des Faschismus gewesen. Daran ändert auch nichts der letzthin stattgefundene Kongreß, auf dem Thälmann eine seiner sattsam bekannten Reden vorlas. Wenn sich einige wenige Reichsbannerkameraden verleiten ließen, an diesem Kongreß teilzunehmen, so erklären wir mit aller Deutlichkeit, daß diese Kameraden in den Reihen des Reichsbanners nichts mehr zu suchen haben. Zu allen Zeiten hat es sich gezeigt, daß bei den extremen politischen Richtungen das Spitzelwesen eine besondere Rolle spielt. Wir sind zu genau darüber unterrichtet, daß der Antifaschistische Kampfbund, der nach dem Willen der Kommunistischen Partei die Führung in der Einheitsfront haben soll, derart stark mit Spitzeln von nationalsozialistischer Seite durchsetzt ist, daß er einfach nicht fähig ist, einen Kampf gegen den Faschismus zu führen. Wenn hier und dort junge, unerfahrene Reichsbannerkameraden auf diese Einheitsfrontparole hereingefallen waren, so haben sie sehr bald feststellen müssen,

daß der Verrat nirgends größer ist als in der Kommunistischen Partei.

Wer war es denn, der in Berlin die drei Treptower Reichsbannerkameraden bei der Polizei denunzierte, daß sie an der von den sogenannten Antifaschisten veranlaßten Schießerei beteiligt gewesen wären, trotzdem sie wissen mußten, daß es sich bei ihren Angaben um eine wissentliche Unwahrheit handelt? Erst vor wenigen Tagen haben die Kommunisten in Rheinsberg gezeigt, was sie unter Einheitsfront verstehen, indem sie auf einen Reichsbannerkameraden nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front mit dem Messer losgingen.

Als Verteidiger der Demokratie haben Sozialisten und Republikaner am wenigsten Ursache, irgendwelche Bündnisse mit den Verfechtern der Diktatur einzugehen. Sozialisten und Republikaner haben über 8 Jahre mit den Zentrumsarbeitern im Reichsbanner im Kampf um die Republik Schulter an Schulter gestanden, und wir wollen ehrlich eingestehen, daß diese Kameraden sehr, sehr viel mehr ihre Pflicht gegenüber dem demokratischen Staat erfüllt haben, als es bei den Kommunisten der Fall war. Um so weniger Ursache haben wir aber auch, einer Parole zu folgen, die nur von Unheil sein könnte. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften haben bei den letzten großen wirtschaftlichen Kämpfen gemeinsam Schulter an Schulter gestanden. Wo aber war die von den Kommunisten geführte RGO.? War sie es nicht, die den Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen nur Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitete?

Wir lehnen den Gedanken der Einheitsfront grundsätzlich nicht ab. Wir erblicken aber die Verwirklichung dieses Gedankens nur in der Eisernen Front. Wem es bitter ernst mit der Bekämpfung des Faschismus ist, der soll sich unter Ablehnung von Sonderbestrebungen in die Eiserne Front einreihen. Nur die Eiserne Front ist in der Lage, den Faschismus niederzukämpfen. Die Eiserne Front führt jetzt einen schweren Kampf. Alle in der Eisernen Front vereinigten Organisationen, alle Reichsbannerkameraden sind sich der Bedeutung dieses Kampfes wohl bewußt. Wer in dieser ernsten Stunde Sonderabmachungen mit Leuten eingeht, von deren ehrlicher politischer Kampfesweise kein Anhänger der Demokratie überzeugt sein kann, fällt der Freiheitsbewegung des deutschen Volkes in den Rücken und wird zum Henkersknecht an der Demokratie.

„Eiserne Front" in Lübars.

Die Aktivität der „Eisernen Front" hat auch den letzten Arbeiter wachgerüttelt. Das bewies eine Versammlung der 143. Abteilung in Lübars an der Nordbahn, wo es seit 1925 keine größere Parteiveranstaltung gegeben hat. Die Wahlkundgebung, in der Genosse Hildebrandt referierte, war glänzend besucht. Der Referent brandmarkte die hemmungslose Lügenhaftigkeit der Nationalsozialisten. Mit Entrüstung wurde die Nachricht aufgenommen, daß gegen Hildebrandt durch niederträchtige und verlogene Spitzelarbeit ein Verfahren eingeleitet worden sei. Hildebrandt kam auch auf die derzeitige Führung der Berliner Polizei zu sprechen; nach seiner Meinung ist Dr. Melcher ein kühler und korrekter Beamter, der den Nazis nicht Vorschub leisten wird. Mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Freiheitsruf wurde die Kundgebung geschlossen.

Der Kampf steht gut.

Beobachtungen eines Wahlredners in der Provinz.

Kottbus, im Juli.

Die Fronten in diesem Wahlkampf sind klarer denn je; hier die Arbeiterschaft, zusammengeschlossen unter dem Zeichen der Eisernen Front, dort die mit Hilfe und unter dem Schutz der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei" wiedererstandene Reaktion, geführt von den Gutsbesitzern und ihren Trabanten, den Gutsinspektoren, den Söhnen und Erben der durch Fehlrationalisierungen und bedenkenlose Pumpwirtschaft bedrohten Fabrikbesitzer, unterstützt vom Mittelstand. Den vom Machtkoller besessenen Gespenstern aus der Zeit des Dreiklassenwahlrechts stehen die denkenden Arbeiter gegenüber.

Dieser Kampf steht gut für uns, soweit der Versammlungsbesuch dafür ein Maßstab sein kann. Wie hilflos die Hakenkreuzritter sind, zeigt sich am besten, wenn sie ihr Glaubensbekenntnis auf Adolf Hitler heruntergeleiert haben und dann, wenn sie in der Minderheit sind, der Tapferkeit besseren Teil erwählen und vor dem Schlußwort des Referenten sich mit Heil Hitler zu drücken versuchen. Ein Kapitel für sich sind in der Zeit des Belagerungszustandes die überwachenden Landjäger geworden. Viele dieser Herren wittern Morgenluft, so löste ein Oberlandjäger in Ströbitz bei Kottbus unsere Versammlung auf, weil ein Diskussionsredner von der SAP. sagte, er hätte erwartet, daß der Generalstreik erklärt werden würde. Andere, z. B. in Straupitz, verlangten vor Beginn vom Referenten, daß er die Regierung Papen nicht angreifen wolle und mußten erst aufgeklärt werden, daß die Regierung nur nicht beleidigt werden dürfe.

Die Genossen in der Provinz sind hoffnungsvoll. **Aber auch nach dem 31. Juli heißt es nicht aufhören zu werben und zu arbeiten.**

Auch in Wilmersdorf.

Ueberfüllte Versammlung der Eisernen Front.

Der große Saal des Viktoriagartens, Wilhelmsaue, war lange vor Beginn der Kundgebung der Eisernen Front Wilmersdorf überfüllt. In den Seitengängen und im Vorraum drängte sich die Menge. Das politische Kabarett „Der Querschnitt" spielte Szenen aus einer Revue, die schließlich auf Wunsch der Polizei abgebrochen werden mußten. Dann nahm, von lebhaftem Beifall begrüßt, Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier das Wort. Der Redner stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen den Verfassungskonflikt zwischen Preußen und dem Reich. Der neue Kurs, der demonstriert werde durch die gewaltsame Amtsenthebung Severings und das Vorgehen gegen Grzesinski, gegen Breuer, durch die Absetzung republikanischer Beamter, kennzeichnet den großangelegten Versuch der Reaktion, den 9. November zu liquidieren und beweist aufs neue die Richtigkeit des Lapidarsatzes von Lassalle, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Wenn in Deutschland jemand geglaubt habe, mit dem Gewaltstreich gegen Preußen die deutsche Arbeiterschaft provozieren zu können, heißt die Antwort der Sozialdemokratie und der Eisernen Front darauf: Wir tun euch nicht den Gefallen, einen billigen Vorwand zur Wahlverhinderung zu geben. Es ist unser Wille, aber auch unser Verdienst, daß am 31. Juli die Antwort gegeben wird. Die Rede wurde von Zustimmungskundgebungen unterbrochen, zum Schluß wollte der Beifall kein Ende nehmen.

Hakenkreuzkneipe als Wahllokal?

Wie uns mitgeteilt wird, ist als amtliches Wahllokal für den Stimmbezirk 48 Wilmersdorf das Restaurant von Krämer, Prinzregentenstr. 90, bestimmt worden. Dieses Restaurant ist Verkehrslokal der NSDAP. Schon seit fünf Tagen sind am Zaun des Vorgartens große Hakenkreuztransparente angebracht, die zur Wahl von Nazis auffordern. Außerdem hat die Wirtin mehrere Nazifahnen angebracht. Wir erwarten, daß das Bezirkswahlamt Wilmersdorf hier eingreift. Für eine reibungslose Durchführung der Wahl ist auf jeden Fall Voraussetzung, daß man die Wähler nicht zwingt, ihren Stimmzettel unter der Nazifahne abzugeben.

Sommerfreuden im Laubengarten.

Die Natur feiert Hochsommerreife. Das ist ein Blühen und Duften in den Gärten und Gärtchen, ein Bild in Rot, Gelb, Lila, Blau und Grün, ein reicher Sommersegen. Ranke, hochgestielte Astern und Dahlien in zarten Pastelltönen und leuchtenden Farbenklecksen, schlanke Gladiolen, purpurfarbene Spätsommerrosen, Nelken, Georginen und was sonst der reiche Blütensommer noch Schönes beschert. In den Laubengärten ist denn auch Hochbetrieb, man freut sich der üppigen Pracht und sucht in der reichen, Sonntags genossenen Farbensymphonie ein wenig Ablenkung von dem öden Grau des Alltags. Wenn alles in Blüte steht und die Natur sich so richtig festlich herausgeputzt hat, dann beginnt die eigentliche Festesfreude der Kleingärtner. Hier wird ein Sommerfest, dort ein Kinderbesuchstag abgehalten, und die Laubenkolonisten von Möllersfelde, Gartenpforte und Krugpfuhl hatten ihren neu hergerichteten, mit Rasen und Blumen umfriedeten Kinderspielplatz zum Anlaß genommen, alle Nachbarkolonisten von Pankow, Heinersdorf und Buchholz samt Kindern zu Besuch zu bitten. Festlich geschmückt mit Girlanden, Fähnlein und Blumen präsentierte sich der hübsche Spielplatz; da zog mit Musik und Gesang die Kolonistenjugend ein. Die jugendliche Sportmannschaft führte turnerische Uebungen vor, die Kleinsten spielten im Sonntagsstaat mit Blumen im Haar. Zur Kaffeestunde waren alle Spielplatzrestektanten als Kaffeegäste bei den Kolonisten herzlichst aufgenommen.

Keine Verkehrseinschränkung nach Mahlsdorf.

Von zuständiger Seite wird zuverlässig versichert, daß die Gerüchte, die BVG. beabsichtige, die Omnibuslinie A 39 einzuziehen, auf freier Erfindung beruhen. Die Omnibuslinie A 39 führt vom U-Bahnhof Lichtenberg nach Mahlsdorf und ist die Hauptverkehrslinie, die in das dichtbesiedelte Gebiet führt. Es war erklärlich, daß die Gerüchte über die Einziehung dieser Linie unter den dortigen Bewohnern eine große Unruhe hervorgerufen haben.

Omnibusse vom Reichskanzlerplatz nach Schildhorn. Im Ausflugsverkehr nach Schildhorn konnten bisher Fahrgäste in den Außenbezirken bisweilen keinen Platz mehr finden, da die Wagen bereits vom Zoo an voll besetzt waren. Die BVG. wird deshalb vom nächsten Sonntag an ab Reichskanzlerplatz (Haltestelle unweit des U-Bahnhofsausgangs) nach Bedarf einen besonderen Omnibuspendelverkehr nach Schildhorn einrichten. Der Fahrpreis für diese Strecke beträgt 20 Pf.

Wetteraussichten für Berlin: Allmähliche Aufheiterung und Nachlassen der Niederschläge, etwas wärmer. — **Für Deutschland:** Nur noch im Küstengebiet der Nordsee und westlichen Ostsee nennenswerte Niederschläge, sonst meist trocken bei zeitweise abnehmender Bewölkung und ansteigende Temperaturen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3 (2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

3. Abt. Alle Wahlhelfer treffen sich Sonntag, 31. Juli, um 7 Uhr, im Lokal Wicheel, Köpenicker Str. 55a.
4. Abt. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich um 16 Uhr bei Brandig, Stralauer Str. 10, zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen. — Sonntag zur Wahlarbeit um 7½ Uhr ebenda.
5. Abt. Alle Genossen treffen sich am Sonntag bei Käding, Alte Schönhauser Straße 31, zur Wahlarbeit.
8. Abt. Alle Genossen, welche nicht als Wahlvorsteher fungieren, treffen sich Sonntag 7 Uhr im Rattenalhof zur Wahlarbeit.
9. Abt. Zwecks Wahleinteilung treffen sich alle Mitglieder am Sonntag 7 Uhr bei Hübner. Keiner darf fehlen.
11. Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Wahlarbeit bei Scholz, Lynchstr. 21, ein.
15. Abt. Sonntag treffen sich alle nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen um 8 Uhr bei Koppensch, Winetaplatz 8.
20. Abt. Heute treffen sich alle Genossen um 19 Uhr in den Zahlabendlokalen. — Sonntag melden sich alle Genossen bei Bonike, Schul- Ecke Christianiastraße.
28. Abt. Wahlhelfer melden sich Sonntag ab 8 Uhr bei Borteldt, Wörther Straße 19.
29. Abt. Sonntag treffen sich die Bezirksführer 7½ Uhr bei Klug.
37. Abt. Alle Genossen und Genossinnen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, melden sich am Sonntag 7½ Uhr bei Grafe, Ebertstr. 7.
38. Abt. Die Genossen der Bezirke 188 und 195 treffen sich am Sonntag 7¼ Uhr im Lokal Pahlow, Barnimer Str. 19. Keiner darf fehlen. Die zur Wahlarbeit noch nicht eingeteilten Genossen der übrigen Bezirke melden sich am Sonntag von 10—11 Uhr bei Bartsch, Friedenstraße.
39. Abt. Wahlhilfen am Sonnabend um 7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 4.
45. Abt. Das Zentrallokal der Abteilung befindet sich am Wahlsonntag bei Thielert, Liegnitzer Str. 10. Alle nicht eingeteilten Genossen melden sich Sonntag 7½ Uhr in nachstehenden Lokalen. Gruppe Ruben: Thielert, Liegnitzer Str. 10; Gruppe Hoch: Förster, Glogauer Str. 25; Gruppe Groß: Friedenshütte, Wiener Str. 57a; Gruppe Kinski: Zander, Lausitzer Str. 28.
46. Abt. Alle Genossen treffen sich heute 19½ Uhr im Verbandshaus, Schlesische Str. 42. Wichtige Zusammenkunft.
58. Abt. Das Wahlbüro der Abteilung ist im Rankehaus, Rankestr. 4. Hof links. Es ist Pflicht aller Genossen, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen.
68. Abt. Sämtliche Parteimitglieder treffen sich Sonntag 7½ Uhr zur Wahlhilfe bei Sandmann, Westfälische Str. 42.
74a. Abt. Heute 19 Uhr Funktionäre und Wahlhelfer bei Schneider, Potsdamer Straße 25. Es wird Material ausgegeben.
77. Abt. Sonntag Treffpunkt zur Wahlarbeit 1. Bezirk bei Wilde, Mollendorfstraße 16; 2., 3. und 4. Bezirk bei Keschens, Apostel-Paulus-Straße.
80. Abt. Heute 20 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Görlich zur Einteilung der Wahlarbeiten. Sonntag 7½ Uhr Antreten zur Wahlhilfe ebenda.
82. Abt. Heute 20 Uhr treffen sich alle Genossen zur Einteilung der Wahlarbeit in den Zahlabendlokalen.
84. Abt. Um 18 Uhr treffen sich sämtliche Parteimitglieder bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31. — Sonntag um 6 Uhr treffen sich die Bezirksführer ebenda.
91. Abt. Alle Genossen treffen sich Sonntag, 31. Juli, um 7 Uhr, im Lokal Michael, Köpenicker Str. 55a.
93. Abt. Heute 18 Uhr alle Parteimitglieder in den Zahlabendlokalen. Bezirksführer 17½ Uhr bei Lehmann.
99. Abt. Alle Parteimitglieder des 156., 157., 158., 159. Bezirks zur Wahlhilfe Sonntag 7 Uhr bei Böttcher, Jahnstr. 19.
99a. Abt. Die zentrale Wahlleitung der Abteilung und die Wahlleitung für alle Bezirke befindet sich im Eisernen Haus. Alle Genossen sind zur Wahlarbeit verpflichtet.
104. Abt. Sonntag 7¼ Uhr zur Wahlhilfe bei Vamp.
106. Abt. Achtung, Stimmbezirksführer! Materialausgabe Sonntag 7½ Uhr im Parteiheim. Abteilungswahlbüro im Stadttheater.
106a. Abt. Zentralwahllokal ist Sonntag Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Parteimitglieder, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, melden sich dort.
114. Abt. Sonnabend 17 Uhr Flugblattverbreitung bei Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17. — Sonntag melden sich die nicht eingeteilten Genossen zur Wahlarbeit von 9 Uhr an im selben Lokal.
119. Abt. Alle Genossen treffen sich Sonntag 8 Uhr bei Bartz, Müllendorffstraße 43, zur Einteilung der Wahlarbeit.
124. Abt. Heute pünktlich 19 Uhr Abhörstunde der Rundfunkrede des Genossen Severing im großen Saal bei Anders. Die arbeitslosen Parteigenossen treffen sich um 18 Uhr zur Flugblattverbreitung bei Anders.
131. Abt. Heute 20 Uhr alle Funktionäre im Lokal Wolfsschlucht, Treskowstraße. Alle Bezirke müssen vertreten sein.
133. Abt. Sonntag 7 Uhr Treffen sämtlicher nicht eingeteilter Mitglieder bei Koehne, Berliner Str. 30, zur Wahlarbeit.
138. Abt. Heute 19 Uhr Funktionärsitzung bei Kiehne.
143. Abt. Alle Wahlhelfer treffen sich um 7 Uhr bei Schmischke zur Wahlhilfe.

Frauenveranstaltungen.

98. Abt. Alle Frauen treffen sich zur Flugblattverbreitung auf dem Wochenmarkt um 9 Uhr bei Teich.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Falken aus dem Zeltlager Uebersee treffen gegen 18 Uhr Charlottenburg, Caprivibrücke (Untergrundbahn Wilhelmplatz), ein. — Die Restfalken kommen 20¼ Uhr Lehrter Bahnhof (Ankunftseite) an.

Lichtenberg: Heute, Sonnabend, Ankunft aller Falken vom Uebersee zwischen 20½ und 21 Uhr auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. — Abt. Nord: Ab Mittwoch wieder Gruppenabende, und zwar Mittwochs auf dem Normannenplatz und Montags im Heim Gunterstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Alle Genossinnen und Genossen stehen ihren zuständigen Parteiabteilungen zwecks Wahlarbeit zur Verfügung.

Heute, Sonnabend.

Kottbusser Tor: Urbanstr. 167: Antikriegsabend. — **Falkenplatz 1:** 18 Uhr bei Reetz zur Flugblattverbreitung, 19½ Uhr Funktionärkonferenz bei Gen. Hildebrandt, Gaudistr. 13.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: 19 Uhr (!) Vorsitzendenkonferenz, Danziger Straße 62, P. 3. Da die Konferenz nur kurz sein soll, muß alles pünktlich sein.

Werbebezirk Tempelhof: 20 Uhr probt die Spielgruppe, Göhrstraße.

Werbebezirk Neukölln: Wir gehen spazieren 18 Uhr Hermannstraße (Falkentracht).

Werbebezirk Pankow: 19½ Uhr Versammlung der Partei in Blankenburg, bei Klug, Dorfstr. 2.

Den August-Spielplan des Wintergartens beherrschen ausgesuchte Attraktionen. Paul Remos ist mit seiner Wundertruppe aus Amerika in vollständig neuer Aufmachung zurückgekehrt. Die Nichs Comp. in ihrer zwerchfellerschütternden Komik am vierfachen Reck, vollbringt Höchstleistungen, wie sie bisher wohl kaum hier gezeigt wurden. Tom Tim zeigen an Kettenringen ihre akrobatisch-equilibristische Neuheit. Den Schluß bildet Paul Ehrtsman mit seinem Orchester in dem tönenden Farbenfilm „Tanz der Rekruten".

„Saison-Schluß-Verkauf". Ein neues Wort für den in jedem Jahr erwarteten Saisonausverkauf. Saison-Schluß-Verkauf bedeutet für das gut geleitete Spezialgeschäft billiger Verkauf aller Ware, die in eine neue Saison nicht hinüber genommen werden soll. Wenn auch dieses Motiv für alle Arten von Ware nicht maßgebend ist, es hat der Saison-Schluß-Verkauf wie er alljährlich sich wiederholt, doch einen Wert erlangt, der für das kaufende Publikum Berlins und weit über die Grenzen Berlins hinaus von entscheidender Bedeutung geworden ist. Maßgebend für Riesen-Warenmengen, hervorragende Qualitäten und außergewöhnlich billige Preise ist der Saison-Schluß-Verkauf der Firma Teppich-Bursch, Berlin C. 2, Spandauer Str. 32. Der diesjährige Saison-Schluß-Verkauf segelt unter der Devise „Wunder, nichts als Wunder" und dieses Wort kann vom interessierten Publikum wörtlich genommen werden. Jedes der Ausverkaufsangebote bedeutet ein Wunder an Schönheit, Qualität und Preiswürdigkeit. Der Saison-Schluß-Verkauf dieses Jahres, der dem tiefgefühlten Bedürfnis des Publikums entgegenkommt und Dinge bringt, die für die Ausgestaltung des eigenen Heimes begehrtestes Artikel sind, stellt eine Höchstleistung dar, wie sie bisher nicht geboten wurde. Der Saison-Schluß-Verkauf der Firma Teppich-Bursch beginnt am Montag, 1. August, 9 Uhr. Studieren Sie bitte das Inserat in der morgigen Zeitung.

Bonalin

Der neue Feuerzeug-Brennstoff in der Tube

der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft

Bequem u. gefahrlos, da nach neuem Verfahren verfestigt, in Tuben verpackt. Gelangt als wasserklare Flüssigkeit in das Feuerzeug. Unentbehrlich für Raucher u. Haushaltungen. Mit Bonalin ist es eine Freude, ein Feuerzeug zu verwenden.

Fragen Sie bei Ihrem Zigarrenhändler, in Drogerien, Apotheken, Bijouterie- und Feuerzeugläden oder in sonstigen einschlägigen Geschäften nach Bonalin. Die Tube kostet nur 85 Pfg. und reicht auf lange Zeit.

Einzelhändler wenden sich an die Firma Heinrich Christier, Berlin SW. 29, Gneisenaustraße 48. Telephon F. 6, Baerwald 7057

Die drei Brüder

Parabel für unsere Tage / Von Kurt Schmeltzer

Ein Vater hatte drei Söhne. Er wohnte mit ihnen in einem schönen stattlichen Hause, besaß Felder und Herden, und sein Wohlstand schien so gut begründet, daß viele ihn darum beneideten.

Von den drei Söhnen war der älteste schon fast erwachsen und ein tüchtiger und stattlicher Bursche zu der Zeit, von der wir erzählen wollen, der zweite war halbwüchsig und kaum aus den Flegeljahren heraus, aber der dritte lief noch in den Kinderhöschen. Die beiden ältesten Söhne waren aber dem Vater Dorne in den Augen: er mochte sie nicht leiden, und was sie taten, hatte er zu bemängeln; aber den jüngsten liebte er, der konnte anstellen, was er wollte, alles war ihm recht.

Eines Tages bekam der Vater Streit mit seinen Nachbarn, es kam zu einem großen Prozeß, den er verlor, ehrenrührige Dinge geschahen — kurz, es kam so weit, daß der Vater bei Nacht und Nebel sein Hab und Gut im Stich ließ und floh. Man kann nicht sagen, daß er ein guter Vater war, denn nun mußten seine Söhne versuchen, mit den erzürnten Nachbarn fertig zu werden. Da aber der älteste bei ihnen im guten Ansehen stand, konnte er sich mit ihnen einigen, versprach auch, alle Schulden, die der Vater gemacht hatte, abzuzahlen, und machte sich rüstig ans Werk, die während des Prozesses verlotterte Wirtschaft wieder ertragfähig zu machen.

Dem zweiten Sohn war das alles nicht recht.

„Laß uns lieber alles verkaufen", sagte er immer wieder, „das Geld teilen und etwas Neues beginnen!"

Aber der Aelteste wollte sich nicht darauf einlassen, so ging eines Tages der zweite in die Welt, sein Glück dort zu versuchen.

Die Jahre gingen hin, der Aelteste war vorwärts gekommen mit seiner Wirtschaft, hatte einen guten Teil der Schulden tilgen können und hoffte in absehbarer Zeit ganz damit fertig zu werden. An den Bruder, der in die Welt gegangen war, dachte er oft. Der war ein Seemann geworden, ließ selten etwas von sich hören, und was er schrieb, machte den Bruder nicht froh. Die fremden Länder und die fremden Sitten lassen ihn einen ganz anderen Menschen werden, dachte er oft. Viel schöner wäre es doch, er könnte bei mir sein, wir arbeiteten zusammen — wieviel rascher kämen wir vorwärts. Ich hätte ihn nicht sollen ziehen lassen! Aber das war ja nun nicht zu ändern.

Mit dem jüngsten Bruder, dem Liebling, der noch ein Hosenmatz gewesen war, als der Vater davonlief, hatte er auch seine liebe Not. Der ließ sich, als er größer wurde, immer weniger leiten und lenken, trieb sich in schlechter Gesellschaft herum, und, als er dann größer geworden war, brachte er auch seine Freunde mit nach Hause. Er fühlte sich schrecklich geehrt, daß diese Burschen mit in sein Haus kamen, denn es waren vornehmer Leute Kinder, aber Tunichtgute und Taugenichtse, und sie machten sich breit darin und kommandierten und krakeelten, und der Kleine gehorchte ihnen aufs Wort.

Der Aelteste schüttelte oft den Kopf zu diesem Treiben. Im Anfang hatte er darüber gelacht und sich gedacht: Kinder sind Kinder.

Aber aus Kindern werden Leute, und Dinge, über die man bei Kindern lacht, werden peinlich, wenn sie Erwachsene nicht lassen wollen. Der Aelteste redete also dem Kleinen gut zu: er solle sich doch von dieser Gesellschaft frei machen.

Da hätte man den Kleinen hören sollen: Man könne sich nur freuen, daß solch feine Leute bei ihnen verkehren wollten; zu ihm, dem Aeltesten, würden sie sich freilich hüten zu kommen, er sei ja ein Bauer und ein Trottel, und er könne ruhig gehen, so weit der Himmel blau sei, wenn es ihm nicht passe, was er, der Kleine, tue. Seinem Vater wäre es sicherlich recht gewesen. Der zweite sei ja auch gegangen, und ihm, dem Kleinen, gehöre das Haus in erster Linie, ihm hätte es der Vater sicherlich vermacht, wenn er dazu gekommen wäre, ein Testament zu machen. Aber du, Aeltester, hast ihn daran gehindert!

So schimpfte und skandalierte der Kleine, und es war beinahe komisch anzusehen, wie er sich blähte dabei. Dem Aeltesten waren diese ärgerlichen Auseinandersetzungen peinlich; er richte sich oben eine Dachstube ein und hauste dort, während der Jüngste in den schönen Stuben unten sein wildes Treiben mit seinen Spießgesellen hatte.

Ein solches Leben kostet natürlich Geld in Menge, und die Taugenichtse und Tunichtgute, die der jüngste Bruder ins Haus gebracht hatte, glaubt ihr wohl, die hätten ihr eigenes Geld durchgebracht? Dann hätten sie ja nicht zu dem Kleinen zu kommen brauchen. Der Kleine mußte für die Ehre bezahlen, die sie ihm antaten. Und da der auch nichts verdiente, nahm er einfach von den Vorräten, die der älteste Bruder angeschafft hatte.

Daß der Aelteste sich das alles gefallen ließ? Er ärgerte sich zwar immer wieder darüber, aber dann dachte er wohl: Kinder sind Kinder! Er sah in dem Lümmel immer wieder den kleinen Bruder und — er hatte ihn lieb. So ließ er's geschehen. Jugend hat keine Tugend, tröstete er sich selber, er wird schon noch zu Verstande kommen, mit der Zeit werden die Dummheiten von selber vergehen. Aber darin irrte er — es wurde je länger je schlimmer.

Da kam eines Tages der zweite Bruder, der ein Seemann geworden war, nach Hause zurück. Wettergebräunt und stämmig war er geworden, hatte immer noch sein altes trotziges Jungengesicht und gab seinen Brüdern die Hand zum Willkomm.

„Da bin ich wieder" sagte er einfach. „In der Welt ist's ja schön, aber zu Hause läßt sich's wohl auch leben, wenn man sich's danach einrichtet. Ich hatte auch Sehnsucht nach euch und dem alten Haus."

Der Aelteste schüttelte ihm freudig die Hand und war glücklich, seinen Bruder wieder bei sich zu haben.

„Bist du wenigstens Offizier geworden?" fragte da der Jüngste.

„Wieso?" sagte der Seemann erstaunt. „Ist dir ein einfacher Seemann nicht gut genug?"

Da rümpfte der Kleine die Nase und ließ ihn stehen.

„Was ist denn mit dem Kleinen los?" fragte der zweite den Aeltesten.

Nun erzählte ihm der, wie er sich aufführe mit seinen Freunden, und vor denen liebedienere und katzbuckele, daß es eine Schande sei.

„Was?" sagte der Seemann. „I, ist denn der Kleine des Teufels?"

Während sie noch sprachen, ging die Tür auf, der Kleine erschien wieder, und hinter ihm drängten sich seine Freunde ins Zimmer.

„Wir müssen heute abrechnen miteinander", fing er an. „Jetzt kommst du", sagte er zum Zweiten, „auch noch hier ins Haus, das eigentlich mir gehört. Geld bringst du sicherlich nicht mit, das kann man dir schon ansehen. Ich begreife überhaupt nicht, wie du dich in diesem schäbigen Seemannsanzug hier blicken lassen kann. Das beste ist wohl, du verschwindest gleich wieder und nimmst deinen Bruder mit. Jedenfalls habe ich nicht Lust, mit euch zusammen zu wohnen. Meine Freunde und ich werden jetzt hier wirtschaften. Ihr werdet schon irgendwo einen Platz in der Welt finden, und wenn nicht, soll's mir auch egal sein."

„Bravo! Kleiner, bravo!" riefen seine Freunde hinter ihm. „Gut gesprochen!"

Die beiden älteren Brüder schnappten eine Weile Luft, als sie die Rede des Kleinen angehört hatten.

„Hol up!" sagte dann der Seemann. „Pack mal mit an, Bruder!" und ehe sich's die Eindringlinge versahen, lagen sie kopfüber draußen auf dem Mist und rieben sich die Augen.

Der Aelteste lachte vergnügt und auch der Seemann schmunzelte.

„So wird's gemacht!" meinte er.

Den Kleinen hatten sie zwar nicht mit hinausgeworfen, aber er war empört seinen hinausgeworfenen Freunden nachgelaufen.

„Laß ihn nur", meinte der Seemann, „der wird schon wiederkommen. Du hast ihn ja ans Brot gewöhnt."

Und der Kleine kam wieder; seine Freunde wollten von ihm nichts mehr wissen, als das Schmarotzen zu Ende war.

„Siehst du, da hast du deine feinen Freunde!" sagte der Aelteste zu ihm. „Nun bleib mal hier und halte zu deinen Brüdern, dann wird's uns allen dreien gut gehen!"

Und wirklich sah auch allmählich der Kleine ein, wie sehr er sich geirrt hatte, und dann lebten sie glücklich und einträchtig zusammen in dem alten Haus.

Ein Brief

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sehr geehrte Redaktion,

in Ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch las ich die Uebersetzung eines Kapitels von Montaigne über den Krieg. Es interessiert Sie vielleicht, was ein französischer Volksgenosse mir in einem Brief vom Januar dieses Jahres schrieb, denn es ist bezeichnend für die Stimmung des französischen Volkes, das wie wir eine Verständigung und Zusammenarbeit der werktätigen Bevölkerung ersehnt. Ich möchte betonen, daß es sich um die Worte eines Mannes handelt, der die Lage des Arbeiters erfaßt und seine Ausnutzung durch den Kapitalismus erkannt hat, und nicht um Schlagworte eines dieser jungen Schreihälse, wie wir sie jetzt so oft hören müssen. Er schreibt mir:

„Je suis convaincu que si tous les peuples se correspondaient directement entre eux sans l'intermédiaire des gros brasseurs d'affaires et de banquiers et d'autres encore toutes sortes de gens vivant du malheur du monde, nous n'aurions plus de guerre et les Coty, Bouilloux, Lafont d'une part, les Hitler d'autre part seraient impuissants malgré leurs discours enflammés à pousser une multitude d'hommes au massacre."

Auf deutsch würde er gesagt haben: „Ich bin überzeugt, daß wir keinen Krieg mehr haben würden, wenn sich alle Völker untereinander sprechen könnten, ohne Vermittlung der fetten Geschäftemacher und der Bankiers und noch allerlei anderen Sorten von Leuten, die vom Unglück der Welt leben, und die Coty, Bouilloux, Lafont einerseits und Hitler andrerseits wären machtlos, trotz ihrer entflammenden Reden, die dazu angetan sind, eine Unzahl von Menschen wieder ins Blutbad zu führen."

Sie sehen also, daß dieser Franzose sehr richtig die Ziele der Hitler-Leute erkannt hat und Sie würden durch den Abdruck dieser Worte manchem zu denken geben und könnten Genossen in ihrer pazifistischen Stellung festigen.

Ich bin die Tochter eines Wohlfahrtsvorstehers und Sie dürfen mir glauben, wenn ich von mir sage, daß ich mit meinen 17 Jahren schon mehr vom Elend unseres Volkes gesehen habe als einer der betagten Herren unserer jetzigen Regierung. Dies mag viel zur Reifung meiner Meinung beigetragen haben.

Mit freiheitlichem Gruß

Anneliese Döring.

Ernst Rosen: Cromwell — Hitler?

Herr Dr. Goebbels hat kürzlich bei einer Propagandarede in Essen einen Ausspruch Oliver Cromwells zitiert.

An allen Anschlagsäulen Berlins prangt in der Woche vor den Reichstagswahlen ein ellenlanges NSDAP.-Plakat, das als Einleitung und Motto einige Sätze aus der Rede wiedergibt, die Cromwell bei der Auflösung des Parlaments im Jahre 1653 gehalten hat.

Die Zeichen mehren sich, denen zu entnehmen ist, daß die Partei der „aufstrebenden Kräfte" den englischen Freiheitshelden Cromwell, den großen Rebellen, als Symbol und Vorbild ihrer Bewegung in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

Da ist es interessant, sich einmal die historischen, politischen und ökonomischen Hintergründe der Cromwellschen Epoche zu vergegenwärtigen und die Zustände darzustellen, die den Führern der NSDAP. offenbar erstrebenswertes Ideal, nachahmenswertes Vorbild dünken.

Die folgenden Ausführungen stützen sich, neben Leopold von Rankes „Englische Geschichte, vornehmlich im 17. Jahrhundert", sowie Thomas Carlyles „Oliver Cromwell", in der Hauptsache auf ein erst kürzlich im Verlage von R. Oldenbourg, Berlin und München, erschienenes Werk von H. Bauer: „Oliver Cromwell, ein Kampf um Freiheit und Diktatur". In einer einprägsamen, bildhaften Sprache wird in diesem tendenzlosen Werk berichtet, wie der lange Weg des Erlebens den Revolutionär langsam zum Diktator emporsteigert. Es wird erzählt, wie dieser Weg über Bürgerkrieg, Revolution, Königsmord und wieder Bürgerkrieg zur Gewaltherrschaft führt.

Cromwell, schon zur Zeit der früheren Bürgerkriege zwischen Puritanern und Presbyterianern ein begeisterter Kämpfer für die Sache der Puritaner, wurde kurz nach der auf sein Betreiben erfolgten Hinrichtung Karls I. zum Lordstatthalter von Irland ernannt. Er verstand es, das Heer auf seine Seite zu bringen. Seine persönlichen Gegner warf er kurzerhand in den Tower. Im Verlauf der Geschehnisse wurde er als Führer der englischen Armee nach Irland entsandt. In dem Bericht über die siegreiche Schlacht bei Drogheda schrieb er selbst, daß „in derselben St. Peterskirche, aus der am vergangenen Sonntag Protestanten während des Gottesdienstes verwiesen wurden, mehr als tausend, die dort Schutz suchten, getötet sind, darunter sämtliche Mönche". Der fanatische Katholikenhasser Cromwell ist ohne Rücksicht und ohne Erbarmen. Das Grauen flog vor ihm her, grenzenlose Panik ergriff das ganze Land. Nach vielen blutigen Schlachten wurde das Ziel erreicht, das Bündnis zwischen Katholiken und Protestanten war gesprengt. „Mehr als vierzigtausend irische Männer wanderten in den neun Monaten von Olivers Eroberungszug aus der Heimat aus. . . Ein düsterer Zug über winterliches Meer, fremden Küsten zu."

Unter dem Donner der Kanonen und dem Geläut der Glocken zieht der Sieger in die Hauptstadt ein. Trotz der errungenen Erfolge wuchs aber Unruhe und Unsicherheit von Tag zu Tag. In Schottland entstand ein neuer Aufstand, der von Cromwell niedergeschlagen wurde. Dann folgte am 20. April 1653 der historische Tag, an dem sich Cromwell mit einer Handvoll Soldaten in das Parlament begab (wer denkt da nicht an den Leutnant mit den zehn Mann) und die gesetzgebende Körperschaft aus eigener Machtvollkommenheit für aufgelöst erklärte. Am gleichen Tage jagte er auch den Staatsrat auseinander. Nach einer kurzen Uebergangszeit, während der das neugewählte „Parlament der Heiligen" offiziell regierte, wurde auch diese Körperschaft von Cromwell gewaltsam aufgelöst. Die alleinige Macht ruhte jetzt bei ihm, der sich zum „Protektor" erheben ließ. Der Mann, der früher für das Parlament geworben und gekämpft hatte, stand jetzt an derselben Stelle, an der früher der ermordete und von ihm befehdete König gestanden hatte. Nun lastete die eiserne Hand Cromwells schwer auf dem Lande. Die rücksichtslose Diktatur, die er ausübte, verbreitete Entsetzen, Schrecken und Haß. Seine eigenen Anhänger, die Offiziere, drangen in ihn, von seiner grausamen Tyrannei abzustehen: Gegenströmungen machten sich geltend, immer neue Verschwörungen, Attentatspläne, royalistische Konspirationen wurden aufgedeckt. Von der Kanzel herab wurde gegen den Gewaltherrscher gewettert. „Den Widersacher Gottes, das Tier der Apokalypse, den Feind der menschlichen Gesellschaft", nannten ihn die Baptisten. Während seiner Herrschaft kam das Land nicht zur Ruhe. Die Geschichte der fünf Jahre, in denen Cromwell als Protektor regierte, ist voll von Gefangensetzungen, Hinrichtungen, Strafexpeditionen und Verschickungen nach Barbados, der westindischen Insel der Verbannten. Noch kurz vor seinem Tode ist der Tower, sind die Gefängnisse Londons und ganz Englands überfüllt.

So sieht, vom Standpunkt objektiver Geschichtsforschung betrachtet und in ganz großen Zügen, das Bild der Zeit aus, in der unter Cromwells, des Diktators Herrschaft das englische Volk gelebt hat. Die verwickelten Probleme der englischen Revolution und die Begebnisse der Feldzüge waren hier nicht zu behandeln. Ebensowenig standen zur Diskussion die historischen Verdienste Cromwells um ein einheitliches England. Den Charaktereigenschaften des Diktators, seiner hohen staatsmännischen Begabung, seinem fanatischen Glaubenseifer, seinem Mut und seiner Tapferkeit kann man volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Hier kam es lediglich darauf an, in gedrängter Kürze ein Bild der Zustände aufzuzeigen, die Cromwells Mitbürger unter seinem Regime erlebt und erlitten haben. Daß diese Zustände und die Art, wie der große Rebell gegen seine eigenen Volksgenossen kämpfte, wie er seine rücksichtslose Gewaltherrschaft mit Blut und Schrecken, Tyrannei und Terror ausübte, erstrebenswert und des Nacheiferns würdig sind: darüber scheint sich die geschichtskundige Führung der NSDAP., nach ihrer Propaganda zu urteilen, durchaus im klaren zu sein.

Zu diesem Nationalsozialismus!

Aphorismen von J. G. Seume (geschr. 1806/7).

Die Arbeit der philosophischen, theologischen, politisch-pathologischen Volksführer ist fast durchaus, Rauch zu machen und darin Gespenster und Schreckgestalten zu zeigen, damit man sich an ihre Heilande halten soll, von denen immer einer schlechter ist als der andere.

Es kann in seinem Ursprung nicht leicht ein schlimmeres Wort sein, als Soldat, Söldner, Käufling, feile Seele; Solidarius, glimpflich: Dukaten-Kerl. Die Sache macht die Ehre des Kriegers, aber ein Soldat kann als Soldat durchaus auf keine Ehre Anspruch machen. Es ist ein unbegreiflicher Wahnsinn des menschlichen Geistes, wie der Name Soldat ein Ehrentitel werden konnte.

Wenn etwas hart bestraft wird, so beweist das gar nicht, daß es unrecht ist; es beweist bloß, daß es dem Vorteil der Machthaber nachteilig ist. Oft ist gerade die Strafe der Stempel der schönen Tat.

Ich habe mich oft angestrengt, den Gedanken der Knechtschaft zu begreifen; bis jetzt ist es mir, Gott sei Dank, nicht gelungen. Ohne Vertrag ist nichts; und ein Vertrag, der die Personalität und die ganze bessere Menschnatur zerstört, ist aus vielen Rechtsgründen ewig null. Es ist also ein heiliger Beschluß der ehemaligen französischen Nation: die Rechte des Menschen sind unveräußerlich und unverjährbar.

Die Nation, welche nur durch einen einzigen Mann gerettet werden kann und soll, verdient Peitschenschläge.

Wenn unser Adel nur seine Steuerfreiheit, seine Frone und seinen Dienstzwang rettet, ist er jedermanns Sklave, der ihm seinen Unsinn behaupten hilft.

Der Krieg ist furchtbar und gräßlich; aber noch gräßlicher ist oft, was man Friede nennt, wo Pleonexie und Kastenwesen das Volk in Sklaverei und zur gänzlichen Verdumpfung und Entäußerung alles Menschenwertes herabstößt. Und es wäre schwer zu bestimmen, ob der Krieg oder dieser Friede mehr Greuel habe.

Dem Eroberer sind die Menschen Schachfiguren und eine verwüstete Provinz ein Kohlenmeiler. Mit wenigen Ausnahmen sind die großen Helden die großen Schandflecke des Menschengeschlechts.

Historisch kann man einen Rechtsgrundsatz vielleicht erläutern, aber nie begründen. Die Geschichte führt Tatsachen auf, und Millionen einseitige Tatsachen machen nie notwendig ein Recht, und wenn sie von der Sintflut in ununterbrochener Kette herabgegangen wären. Was die Urbefugnisse des Menschen beleidigt, bleibt ewig unrecht, und wenn man die Schrift vom Himmel brächte.

Eine Religion, die des Menschen vorzügliche, fast einzige Hoffnung in ein anderes Leben weist, hat die Präsumption der Gaunerei in diesem für sich.

Die Kriege sind meistens Völkerinfamien, die erst durch die Friedensschlüsse recht liquid werden: oft auf einer Seite, oft auch auf beiden.

Der Staat sollte vorzüglich nur für die Aermeren sorgen: die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.

Die Geschichte ist meistens die Schande des Menschengeschlechts.

Oesterreich in der Zange.

Die mehr als fragwürdige Völkerbundsanleihe.

In letzter Stunde, am 15. Juli, als nach Erschöpfung der Gold- und Devisenreserven der Oesterreichischen Nationalbank eine offene Zahlungseinstellung gegenüber dem Auslande in Form eines Transfermoratoriums unvermeidlich schien, wurde dem Lande Oesterreich eine Völkerbundsanleihe von 300 Millionen Schilling zugesichert. England und Frankreich übernehmen davon je 100 Millionen, Italien 30 Millionen und Belgien 5 Millionen Schilling, während der Rest durch die Schweiz, Holland und die Tschechoslowakei aufgebracht werden soll. Die Anleihe ist nach offizieller Versicherung ausschließlich

eine Währungsanleihe,

sie soll nur der Stützung des Schillings dienen und nicht ein Groschen für staatsfinanzielle Zwecke verwendet werden.

Die Lage im Staatshaushalt ist aber katastrophal. Das Defizit für das laufende Jahr wird nach der Entwicklung des ersten Semesters heute schon auf mindestens 400 Millionen Schilling veranschlagt. Demgegenüber wären die zunächst leider auf dem Papier stehenden 300 Millionen Schilling der Völkerbundsanleihe nicht viel. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß in Wirklichkeit kaum ganze 100 Millionen Schilling verfügbar sein werden; denn 90 Millionen Schilling des neuen Kredits sind nach dem Anleihevertrag zur Rückzahlung alter kurzfristiger Darlehen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ.) und weitere 100 Millionen (der ganze englische Anteil) zur Abtragung eines im Vorjahre von der Bank von England der Oesterreichischen Nationalbank gewährten kurzfristigen Kredits zu verwenden.

Ueberdies ist es aber noch zweifelhaft, ob Oesterreich den Gegenwert der restlichen 100 Millionen Schilling, die im September d. J. ausgezahlt werden sollen, voll in die Hand bekommen wird. Bis heute liegt jedenfalls bei einem Teil der kleinern beteiligten Staaten der zu übernehmende Anteil noch nicht fest und außerdem soll die Umwandlung in Schilling zu dem um etwa 20 Proz. niedriger liegenden Auslandskurs und nicht etwa zu dem für Inneröesterreich geltenden Zwangskurs des Schillings erfolgen.

Dementsprechend wird sich dann der tatsächliche Neuzufluß von Devisen, d. h. den zur Währungsverteidigung dringend benötigten hochwertigen ausländischen Zahlungsmitteln, entsprechend verringern. Die

Auffüllung der österreichischen Gold- und Devisenreserven,

die jetzt gerade noch die kurzfristigen Verbindlichkeiten von 190 Millionen Schilling decken, wird also kaum ausreichen, um damit den gesunkenen Außenwert des Schillings wieder auf die alte Goldparität bzw. auf den künstlich aufrecht erhaltenen Binnenwert des Schillings zu bringen.

Gleichwohl mußte Oesterreich sich in dem Anleihevertrag verpflichten, „seine Währungspolitik in kürzester Frist und unter den nötigen Vorsichtsmaßnahmen so einzurichten, daß der bestehende Abstand zwischen dem offiziellen Wert des Schillings und dem ausländischen Schillingskurs verschwinden soll". Dabei ist die Frage jedoch absichtlich im Dunkel belassen worden, ob nun der (um 20 Proz. niedrigere) Außenwert gehoben oder ob der innere Zwangskurs entsprechend herabgesetzt werden soll. Für eine dauerhafte Herstellung des Außenwertes der österreichischen Währung müßten aber wohl doch erheblich höhere Devisenbeträge eingesetzt werden, als sie nun der Oesterreichischen Nationalbank in Aussicht gestellt sind. Tatsächlich muß man aus dieser

gänzlich unzureichenden Währungsbeihilfe

den Schluß ziehen, daß der österreichische Schilling — durchaus nach dem Willen der jetzigen Kreditgeber — über kurz oder lang eine offizielle Abwertung wird erfahren müssen.

Es wird schon sehr große Anstrengungen erfordern, um diese Abwertung innerhalb einer Grenze von etwa 10 bis 20 Proz. der alten, im Inlande nur durch Zwangskurs noch ermöglichten Parität zu halten. Denn diese Parität ist erstens durch die hoffnungslose Zahlungsbilanz und zweitens trotz schärfster Devisenbewirtschaftung und rücksichtsloser Zahlungsbeschränkungen durch

ausländische Kapitalabziehungen und inländische Kapitalflucht bedroht,

während gleichzeitig der Devisenschwarzhandel (zu dem gegenüber dem inländischen Zwangskurs niedrigeren Außenwert) einen außerordentlichen Umfang angenommen hat; heute schon wird mehr als die Hälfte des gesamten Zahlungsverkehrs mit dem Auslande zu dem niedrigeren Auslandskurs abgewickelt. Wie unter solchen Umständen in den Anleihevertrag des Völkerbunds noch die Verpflichtung aufgenommen werden konnte, daß „die Währungspolitik auf die fortschreitende Aufhebung der Devisenkontrolle und der Erschwerungen des internationalen Handels gerichtet sein müsse", ist schlechterdings unerfindlich. Im Gegenteil, nicht eine Erleichterung, sondern eine Verschärfung der Zahlungsbeschränkungen wird notwendig sein, wenn der österreichische Schilling auf einer nicht allzu niedrigen Parität aufgefangen und endgültig stabilisiert werden soll.

Diese Sachlage steht in einem hohnvollen Widerspruch zu dem angeblich in dem Anleihevertrag enthaltenen Verbot für die österreichische Regierung, ein Transfermoratorium zu erklären. Mit Sicherheit verlautet wenigstens, daß zum mindesten die vom Völkerbund garantierte Wiederaufbauanleihe vom Jahre 1923 voll bedient werden müsse. Der Dienst für diese Anleihe allein erfordert jedoch pro Jahr bereits mehr Devisen, als durch die neue Völkerbundsanleihe einmalig in die Kassen der Nationalbank fließen!

Zwanzigjähriges Anschlußverbot!

Da Oesterreich diese äußerst zweifelhafte Währungshilfe noch mit äußerst drückenden politischen Verpflichtungen, u. a. einem 20jährigen Anschlußverbot an Deutschland, erkaufen mußte, so ist es nicht zu verwundern, daß die Freude über den neuen Auslandskredit in Oesterreich nicht groß ist und daß das tatsächliche Zustandekommen der Anleihe noch an dem Widerstand des österreichischen Parlaments scheitern kann.

Aus dem Devaheim-Sumpf.

Terraingesellschaften, die von den Brüdern Runck ausgeplündert wurden.

Auf den Generalversammlungen der Lichtenberger Terrain A.-G. und der Frankfurter Chaussee A.-G. wurde klargelegt, auf welche phantastische Weise die Brüder Adolf und Paul Runck diese Terraingesellschaften ausgeplündert haben. Diese sauberen Herren, die ihrer Aburteilung entgegensehen, waren einmal die großen Leute bei Devaheim und beim Zentralausschuß für Innere Mission. Sie leiteten die Evangelische Zentralbank, ein Genossenschaftsunternehmen, an dem fast nur Geistliche beteiligt waren. Als der Zentralausschuß für Innere Mission zur Sanierung der Devaheim eine Hilfsaktion einleitete, da ernannte er Adolf Runck zum alleinigen Bevollmächtigten für die Verhandlungen mit den Reichsbehörden. Das war am 1. August 1931, zu einer Zeit, als die Zentralbank selbst schon zahlungsunfähig war.

Auch die beiden oben genannten Terraingesellschaften wurden von Runck geleitet; sie wurden so in den Devaheim-Skandal hineingezogen. Die Bankguthaben dieser Terraingesellschaften wurden bei der Evangelischen Zentralbank angelegt und sind verloren gegangen. Außerdem übernahmen beide Gesellschaften Genossenschaftsanteile an der Zentralbank, die jetzt nicht nur nichts wert sind, sondern darüber hinaus die Gesellschaften zur Zahlung der Haftsummen in doppelter Höhe der Beteiligung verpflichten. Ferner wurden Wertpapiere der Terraingesellschaften der Zentralbank übergeben, die diese rechtswidrig lombardierte; von dem Gesamtbesitz von 500 000 Mark haben die Terraingesellschaften gerade 80 000 Mark zurückerhalten. Diese „Freundschaftsgeschäfte", die die Gebrüder Runck auf dem Rücken der Terraingesellschaften mit ihrer Zentralbank tätigten, haben es dahin gebracht, daß bei jeder Gesellschaft die Reserven verloren gingen und darüber hinaus bei einem Kapital von je 1 Million Mark Verluste von je 0,7 Millionen Mark entstanden sind.

Die Lichtenberger Terrain A.-G. ist aber noch in besonderer Weise in den Devaheim-Skandal verstrickt worden. Die Dresdner

Bank und die Baukreditbank A.-G. hatten der Devaheim einen Kredit von mehreren Millionen Mark gegeben, für den der Zentralausschuß für Innere Mission die Bürgschaft übernommen hatte. Als die Devaheim pleite ging, hätte an sich der Zentralausschuß diesen Kredit zurückzahlen müssen, wozu er nicht in der Lage war. Adolf Runck veranlaßte damals die Evangelische Zentralbank, die Verpflichtung des Zentralausschusses gegenüber den kreditgebenden Banken zu übernehmen, obwohl die Zentralbank schon selbst zahlungsunfähig war.

Ferner hat Runck dann die Lichtenberger Terraingesellschaft in die Bürgschaft für diesen Kredit eintreten lassen, so daß die kreditgebenden Banken jetzt die Lichtenberger Terraingesellschaft für einen Betrag von 0,9 Millionen Mark in Anspruch nehmen. Als Runck vor Gericht gefragt wurde, warum er denn die Terraingesellschaft belastet hätte, hat er sich damit verteidigt, daß sonst der Zentralausschuß für Innere Mission in Konkurs gegangen wäre. Die Verwaltung der Lichtenberger Terraingesellschaft glaubt allerdings, auf die Dauer aus dieser Schuldübernahme keinen Schaden zu erleiden, da der Zentralausschuß für Innere Mission verpflichtet sei, die Gesellschaft von der Schuld zu befreien.

Auch dieser Fall beweist noch einmal, welch geschäftstüchtigen Ehrenmännern der Zentralausschuß für Innere Mission die Gelder von Tausenden von Kleinsparern anvertraut hatte!

Nazigeist in der Retorte.

Der neue Nationalheilige Dr. Schacht zieht ihn auf Flaschen.

Sachkenner und **Fachmänner** sind bei den Nazis so dünn gesät, daß man sie mit der Laterne suchen muß. So sind sie in ihrer Verzweiflung auf den Schacht gekommen und paradieren mit ihm als einer anerkannten Autorität. So stört es sie auch nicht, daß er einst Mitglied der Demokratischen Partei und jahrelanger Reichsbankpräsident des „Systems" war und der Unterzeichner des Young-Plans ist.

Aber welcher Art diese wirtschaftspolitische Autorität der „nationalen Front" ist,

dokumentiert Schacht selbst in einem Pamphlet, das soeben unter dem anspruchsvollen Titel „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik" erschienen ist. Diese Schachtschen Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik bestehen im wesentlichen in einem wüsten Geschimpfe auf den „Marxismus". Außer dem Wetter wird dieser Popanz für alles verantwortlich gemacht, was in Deutschland seit 1918 geschehen ist. In der „Analyse" der Wirtschaftskrise erhebt sich Schacht in keiner Weise über das Niveau eines nationalsozialistischen Wald- und Wiesenagitators.

Schacht hält es für das besondere Merkmal der deutschen Krise, „daß wir uns seit 1914 in einem ununterbrochenen Verzehr früherer Reserven befinden". Daß das Konjunkturinstitut allein für 1924—1928 eine innerdeutsche Sachkapitalbildung (nach Abzug der Kapitaleinfuhr) von 28 Milliarden Mark feststellt, darf Schacht übersehen. Für diesen Fachmann steht es fest, daß Lohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung und erhöhte Sozialausgaben, die der verfluchte Marxismus seit dem Kriege durchgesetzt hat, aus der Substanz der Wirtschaft bezahlt wurden.

Die Schuld an der Kreditkrise vom Juli 1931 hat natürlich die öffentliche Wirtschaft: sie arbeitet viel teurer und kostspieliger als die private (Beweise sind für Schacht nicht nötig), entzog der Privatwirtschaft Mittel, führte zu Korruption und Schiebertum und daher der Zusammenbruch im Juli 1931 — solche beispiellose Verdrehung der Wahrheit trifft man selbst in Naziversammlungen nicht allzu häufig.

Es fehlt nur, daß Schacht dem Nazianwalt Frank II den Rat gibt, seinen Klienten Lahusen als unschuldiges Opfer der durch die öffentliche Wirtschaft gezüchteten Korruption auszugeben!

Immerhin hätte man Schacht die „Weisheit" nicht zugetraut, daß jede Aufnahme ausländischer Kredite, die einen Ueberschuß der Wareneinfuhr über die Ausfuhr zur Folge hat, Selbstmord ist. Jeder Student der Nationalökonomie im ersten Semester könnte ihn darüber belehren, daß Auslandskredite in aller Regel in Form von Waren in ein Land kommen, also mit passiver Handelsbilanz verbunden sind. Wenn Schacht behauptet, daß wir unseren ausländischen Kredit in den letzten Jahren verwüstet haben, so mag er sich vor allem an seine eigene Brust schlagen. Denn durch nichts wurde der deutsche Kredit im Ausland so geschädigt wie durch das Ueberwuchern der kurzfristigen Kredite, an dem der Kampf des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die langfristigen Auslandsanleihen einen großen Teil der Schuld trägt.

Als Schacht etwas werden wollte, hat er bei dem „System" antichambriert. Jetzt tut er es im Vorhof des Dritten Reiches. Dafür zeugen seine sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen.

An der Spitze steht die Forderung nach „Auflockerung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit". Schacht verlangt auch für die Arbeitszeit eine Auflockerung der Bindungen, also offenbar nichts anderes als eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden. Robert Bosch, der von Wirtschaftsführung wirklich ein bißchen versteht, hat eben den Sechsstundentag gefordert. Wo Schacht gegen die Vierzigstundenwoche wettert, ruft er pathetisch aus, daß die Arbeit kein Uebel, sondern der größte Segen ist und zitiert zum Beweis das Alte Testament, „wo es heißt, daß wir im Schweiße unseres Angesichts unser Brot essen sollen". Dieses Pathos macht sich im Munde eines Mannes, der sich im 53. Lebensjahre mit einem ungeheuren Gehalt pensionieren ließ und seither spazieren gehen kann, besonders gut.

Ganz offen propagiert Schacht an Stelle der Sozialversicherung die private Wohlfahrtspflege.

Sollen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. Aber Schacht will den Bettel in ein System bringen.

Er schlägt allen Ernstes vor, die Arbeitslosen in den einzelnen Haus- und Landwirtschaften unterzubringen, wo sie gegen entsprechende Arbeitsleistungen Ernährung und Behausung finden sollen. Eine liebliche Variante der Arbeitsdienstpflicht des Dritten Reichs.

Selbstverständlich kann Schacht von seiner alten Lieblingsidee des Kolonialbesitzes als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands nicht lassen, und dann vertritt er eine besondere Note des Autarkiegedankens: nämlich Aufrechterhaltung der Ausfuhr trotz Verhinderung der Einfuhr. Dieser hervorragende „Fachmann" ist davon überzeugt, daß das Ausland unsere Waren aufs dringendste braucht und sich vor ihnen einfach nicht absperren kann!

Das ist der Nationalheilige und Sachverständige der vereinigten nationalsozialistisch-deutschnationalen Reaktion. Schacht zeigt nur von neuem: das Dritte Reich ist ein Zuchthausstaat für die Arbeiter, der sie aller Rechte beraubt, sie materiell verelendet und durch Arbeitsdienstpflicht versklavt. Schacht spricht noch offener aus, was die offiziellen Naziführer in der Regel nur in geheimen Rundschreiben zu sagen wagen. Immer und immer wieder: Am 31. Juli die ganze Macht gegen diese Todfeinde der Arbeiterklasse.

Der Präsident der Preußenkasse ernannt. Zum Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse — der Posten war seit der Ernennung von Dr. Klepper zum preußischen Finanzminister unbesetzt — ist Dr. **Hans Helfferich**, bisher Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium, bestellt worden.

Abkehr von den Nazis.

Der Mittelstand hat die Nase voll.

Die Hitler-Notverordnungen haben auch dem Mittelstand die Augen geöffnet. Im folgenden veröffentlichen wir eine Zuschrift, die für sich selbst spricht. Sie ist der Aufschrei von einem, der von Hitler nichts mehr erwartet. Die Zuschrift lautet:

„Die neue Reichsregierung hat dem gewerbetreibenden Mittelstand durch ihre erste Notverordnung schwerste Lasten aufgebürdet, obwohl doch gerade der gewerbliche Mittelstand schon vollständig überlastet und am Zusammenbrechen ist. Diese neuen unerträglichen Lasten treffen uns Gewerbetreibenden doppelt, nämlich direkt und außerdem noch einmal indirekt.

Denn die neuen Belastungen und Kürzungen der Beamten, Angestellten, Arbeiter, Rentenempfänger usw. wirken sich ja in vollem Maße wieder bei uns selbständigen Kaufleuten und Handwerkern aus. Denn gerade die Kreise sind doch unsere Kaufkundschaft

und wir haben es nun schon genug am eigenen Leibe erfahren, daß die Schwächung der Kaufkraft dieser breiten Volksmassen hauptsächlich unser Schaden ist. Es ist sehr traurig, daß die breiten Volksmassen, Mittelstand und Arbeitnehmerschaft, derartig überlastet wird, daß aber die Großkapitalisten der Industriekonzerne und des Großgrundbesitzes geschont werden, von denen wir Geschäftsleute in den Klein- und Mittelstädten gar nichts haben, da diese Herrschaften ja nur in den großkapitalistischen Kaufhäusern der Großstädte oder gar im Auslande zu kaufen pflegen und dadurch dem deutschen Mittelstand schaden.

Wir Gewerbetreibenden können es nicht verstehen, wie die NSDAP. die mittelstands- und arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung dulden kann. Denn nur durch die NSDAP. ist doch die heutige Regierung zustande gekommen und nur durch sie kann sie sich halten. Deshalb trägt auch die NSDAP. die volle Mitverantwortung für die Taten der Regierung.

Wir Mittelständler hatten gehofft, daß die NSDAP. für den deutschen Mittelstand und die Arbeiterschaft sich energisch einsetzt, wenn sie Einfluß auf die Regierung hat, wie sie das ja in ihren Programmen und Reden uns andauernd versichert hat. Und nun müssen wir gleich beim erstenmal, wo die NSDAP. Regierungseinfluß hat, so eine traurige Enttäuschung erleben, daß sie es nicht ein Haar besser macht, sondern uns durch die von ihr geduldete Regierung noch viel schlimmer belasten und bedrücken läßt.

Die Hoffnung, die viele von uns auf die NSDAP. gesetzt haben, ist schnell zuschanden geworden,

wir müssen uns wieder nach anderen Parteien umsehen, die unsere Interessen des Mittelstandes gegen die neue Reichsregierung und den Großkapitalismus vertreten."

Die Einsicht dieses nationalen Mittelständlers und ehemaligen Hitler-Gläubigen kommt spät, aber nicht zu spät. Was er sagt, gilt für Millionen, nicht nur für den einen. Für den ganzen Mittelstand sind die Hoffnungen zuschanden geworden, die auf die NSDAP. gesetzt worden sind.

Rechnungs-Abschluß am 31. Dezember 1931.

Aktiva		RM	Rpf
I. Bewegliches Vermögen:			
Kasse		10 708	57
Guthaben:			
1. Bankguthaben			
a) Fremde Banken	7 339,83		
b) Gieschebank	0,00		
2. Warenforderungen	1 467 570,53		
3. Verschiedenes	3 266 567,39	4 741 477	75
Wechselbestand		636	00
Wertpapiere		429 472	93
Hypotheken		166 621	99
Warenbestände		1 279 437	01
Materialienbestände		1 389 808	63
Inventarienbestände		1	00
Bürgschafts-Rückansprüche	10 080 000,00		
II. Beteiligungen		33 688 793	54
III. Anlagen		1	00
IV. Verlustvortrag für 1932		268 411	05
		41 975 369	47

Passiva		RM	Rpf
I. Laufende Verbindlichkeiten:			
Akzepte		449 482	01
Verbindlichkeiten:			
1. Bankschulden			
a) Fremde Banken	2 137 094,40		
b) Gieschebank	1 122 554,11		
2. Warenschulden	43 117,56		
3. Verschiedenes	12 263 961,74		
4. Hypothekenschulden	80 687,57	15 647 415	38
II. Langfristige Verbindlichkeiten: Amerika-Anleihe amortisabel bis 1945		17 694 600	00
III. Reserve	1 558 357,51		
Rücklage f. Feuerversicherung	300 000,00		
Rückstellung für Erneuerung und Erweiterung	6 325 514,57	8 183 872	08
Bürgschaften	23 774 765,58		
		41 975 369	47

Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giesche's Erben.

Haus Vaterland — Das Vergnügungs-Restaurant Berlins — Betrieb Kempinski

Am Donnerstag, dem 28. Juli, früh 7 Uhr, verstarb nach langer schwerer Krankheit meine unvergeßliche Mutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Stahmann
geb. Wutzler
im 65. Lebensjahr. Im Namen der Hinterbliebenen
Adolf Stahmann,
Witwe Ella Leube als Tochter.
Neukölln, Hobrechtstraße 37.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 1. August, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied im 74. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater und Onkel, der Schuhmachermeister

Jakob Ege
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Anna Ege
geb. Wagner und Kinder
Baumschulenweg, Kolonie, Britzer Allee 102/3.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 1. August, 18 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

KLEINE ANZEIGEN
Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsrabatt: 5 mal 5%, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

PLAZA 5 u. 8¼, Sbd. 2.5.8¼ U. Nur noch 2 Tage! Der fidele Bauer

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132 Tel. Weichsel E 7 3427 8.30 Uhr P. Der Vulkan. Gartenbühne 5.30 Uhr Konzert u. Varieté Drei arme kleine Mädels

Winter Garten 8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl. **Wieder 12 neue Attraktionen** Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellg. 4 u. 8¼ Uhr. 4 Uhr kleine Preise

Allgemeine Ortskrankenkasse Bln.-Weißensee
Bekanntmachung.
Der in der Ausschußsitzung am 28. Juni 1932 beschlossene 37. Satzungsnachtrag, enthaltend Aenderungen der §§ 19 und 43, ist vom Oberversicherungsamt am 19. Juli 1932 genehmigt worden. Die Aenderungen gelten vom 1. Juli 1932. Druckexemplare des Nachtrages sind in unserem Kassenlokal erhältlich.
Berlin-Weißensee, den 28. Juli 1932.
Der Vorstand
Brühmüller, Vorsitzender. Schrage, Schriftführer.

Bad Elster Kurheim Villa Jugel für Parteigenossen und Republikaner Pauschalkuren, billigste Preise. Ruf 112. **Alwin Jugel.**

Quittungs-Rabatt- u. Reklamemarken fertigt seit 45 Jahren als Spezialität Conrad Müller Leipzig.

Heute Sonnabend 3½ Uhr GRUNEWALD HAGEN-RENNEN Ausgleich I

LUNA PARK Heute Konzert-Gastspiel „Wiener Sängerknaben" Dirigent: Dr. H. Rosen, ehemals Wiener Hoch- u. Deutschmeister — FEUERWERK — Sonntag: Boxkampf 8½ Uhr Stegemann—Spunner Witt—Ziege TÄGLICH WELLENBAD

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter
Ww. Berta Schröder
am Mittwoch, dem 27. Juli, mittags 1 Uhr, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Tegel, Freie Scholle, den 29. Juli
Die trauernden Kinder.
Die Einäscherung findet Montag, den 1. August, 18¼ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Erich Kroehl
geb. 2. August 1906, am 27. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. Juli, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe
Kochherde jeder Art u. Größe, Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler u. Birnberg, G. 14, Dresdenerstraße 99. Dannowitz F 7 6651.
Tapeten Billiat, Koloniestraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten, fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel
Ferien-Angebote nur noch bis 30. Juli. Jeder muß zugreifen! Schlafzimmer, Eiche, 275,—. Polierte Schlafzimmer 325,—. Birnbaum, Maserbirke, Mahagoni, zwei Meter, 475,—. Speisezimmer, kaukasisch Nußbaum mit Glasvitrine, Tisch, Stühlen, nur 350,—. Herrenzimmer, zwei Meter, nur 275,—. Ankleideschrank 55,—. Küchen 65,—. Zahlungserleichterung! Kruger, Kastanienallee 45—49, Fabrikgebäude.
Herrenzimmer 175,— bis 750,—. Ankleideschränke 65,—. Klubsofas 75,—. Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße).
Schlafzimmer, neuestes Modell, kompl. 250,—. Riesenauswahl. Ginsberg, Prinzenstraße 52.

In 14 Etagen finden Sie ca. 300 Zimmer zu noch nie dagewesenen Preisen bei Moritz Hirschowitz, Skalitzerstraße 25.

Fahrräder
Ballonräder 34,—, 42,—, 45,—, 55,—, verchromte 65,—. Werner, Adalbertstr. 9, Kottbusser Tor.

Garten, Laube und Balkon
Fenster, Türen, Rundholz, zum billigen Zellenkeller, Stettinerstraße 64, Ecke Badstraße.

Kaufgesuche
Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei. Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.